

heraus. Sie schieben achtlos beiseite, was ihnen nicht in den Kram paßt. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Die Statistik weist nach, daß das Deutsche Reich wie andere europäische Staaten auch eine stärkere weibliche als männliche Bevölkerung hat. Der Überschuß der Frauen über die Zahl der Männer beträgt nach der Zählung vom 1. Dezember 1910 845 661. Manche Sozialwissenschaftler erblicken in ihm allein schon eine der durchschlagendsten Ursachen für die Berufstätigkeit des weiblichen Geschlechts. Denn was muß die Folge sein? Daß sehr viele Mädchen sich nicht verhelichen und damit auch nicht zum „Naturberuf“ des Weibes in der Familie gelangen können. Sie sind darauf angewiesen, arbeitend ihren Lebensunterhalt zu erwerben, es sei denn, daß sie vorsichtig in der Wahl der Eltern waren und von ererbtem Reichtum zu leben vermögen. In der vieljährigen Friedenszeit ist der Frauenüberschuß langsam etwas gesunken. Der Weltkrieg jedoch mit seinen ungeheuren Menschenopfern wird ihn außerordentlich gewaltig steigern, und das auf Jahre hinaus.

Dieser Tatbestand wird sich auf allen Gebieten des sozialen Lebens geltend machen, wird aber namentlich in der gesellschaftlichen Wirtschaft zum Ausdruck kommen. Noch rast der Krieg weiter, noch fehlt es an dem vollen Zahlenmaterial, wie viele blühende Leben er auslöscht. Aber schon heute steht dieses fest: Viele Hunderttausende von Familienvätern fallen und andere Hunderttausende von jungen Männern, die aller Voraussicht nach einen eigenen Herd gegründet haben würden. Weitere Hunderttausende kehren als so unglückliche Krüppel oder Kranke zurück, daß die meisten von ihnen auf die Verheiratung verzichten müssen. Die Eheschließungen werden in den folgenden Jahren bedeutend zurückgehen. Es muß die Zahl der verwitweten und ledigen Frauen riesig anschwellen, die gezwungen sein werden, sich als Berufstätige

Lebensunterhalt und Lebensinhalt zu sichern. [Zensurstreichung.]

Der Zwang, Verdienst zu suchen, muß sich jedoch infolge des Krieges sogar für zahlreiche Frauen verschärfen, denen in der Familie ein vielseitiges und beglückendes Wirkungsfeld beschert sein könnte, wenn wir auf dem Mars und nicht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lebten. Sehr viele der Krieger, die die Heimat wiedersehen, werden durch Verstümmelung oder durch Kränklichkeit in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sein. Keineswegs immer wird aber die Rente vollen Ersatz dafür bieten, und man kann billig zweifeln, ob überhaupt eine Rente in all den Fällen zugesprochen werden wird, wo vielleicht erst nach Jahren Krankheit und herabgeminderte Erwerbsfähigkeit als Erbschaft des Krieges auftreten. Weit entfernt von der bequemen Selbsttäuschung, daß der Einzug der Truppen in die Heimat das Signal zum Auszug von Millionen Frauen aus ihrem beruflichen Wirkungskreis geben werde, rechnen wir für die nächsten Jahre mit einem anhaltenden und starken Steigen der weiblichen Erwerbsarbeit; auch noch aus anderen Gründen als den bereits dargelegten.

Die Not breiter Volksmassen, die die Frau zum Verdienen peitscht, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach durch den wachsenden Steuer- und Zolldruck gesteigert werden, der zur Begleichung der Kriegsrechnung zu erwarten ist. Und die Not ist nicht die einzige Ursache, die in der bürgerlichen Gesellschaft das Weib vom Herd und von der Wiege des Säuglings reißt, um sie in Berufstätigkeit zur Schöpferin von Mehrwert zu machen. Das kapitalistische Drängen nach möglichst hohem Gewinn ist nicht weniger bestimmend dafür. Das steht in der Geschichte des Kapitalismus aller Länder mit blutigen Lettern verzeichnet, und was sich in dieser Hinsicht als zwingendes Lebensbedürfnis der kapitalistischen Wirt-

schaft enthüllt; das hat sich auch in den Kriegszeiten nicht verleugnet. Wie oft hätten die einberufenen Berufstätigen durch Männer ersetzt werden können, wenn der Unternehmer es nicht vorgezogen hätte, Frauenarbeit einzuführen. Das Warum ist kein Ratespiel. Weit häufiger noch sind die Fälle, in denen die für männliche Arbeitskräfte eingestellten Frauen und Mädchen geringeren Lohn erhalten als ihre Vorgänger, trotz der gleichen Arbeit und tüchtiger Leistung. Das letztere wird durch Umfragen erhärtet, die der Hirsch-Dunckersche Gewerkeverein deutscher Maschinenbauer und Metallarbeiter über die Frauenarbeit in der Metallindustrie während der Kriegszeit angestellt hat. In 83 von 130 Auskünften wurde erklärt, daß die Leistungen der Arbeiterinnen denen der Arbeiter ebenbürtig seien.

Meint man wirklich im Ernste, das ausbeutende Kapital werde mit Friedensschluß auf die vielen bis dahin gut eingeschafften und billigen weiblichen Arbeitskräfte großmütig verzichten? Verzichten, um heimkehrenden Kriegern, die zum Teil seit Monaten der Berufsarbeit entwöhnt sind, die Tore von Betrieben weit zu öffnen, in denen sie zu Löhnen beschäftigt werden sollen, die den Erwerb der Frauen überflüssig werden lassen? Wir hegen Zweifel, ob tatsächlich die Dankbarkeit für die tapferen Söhne des arbeitenden Volkes die kapitalistischen Unternehmer durchweg so hoch über die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft emporzuheben vermag, daß sie diese Belastungsprobe bestehen. Wir sind auch nicht imstande, daran zu glauben, daß die Beschwörung im Namen der häuslichen und mütterlichen Pflichten des Weibes solches Wunder wirken wird. Das alles um so weniger, weil der Voraussicht nach das düstere Grau stockenden Wirtschaftslebens sich über das leuchtende Bild vom Aufschwung legen dürfte, das hoffnungseifrige Propheten uns vormalen. Der ganzen Sachlage entsprechend müssen wir auf einen bitteren

Konkurrenzkampf um Arbeit und Brot zwischen den Geschlechtern gefaßt sein. Er wird sich mit seinen verderblichen Wirkungen zu den anderen verhängnisvollen Begleiterscheinungen gesellen, die zu der beruflichen Frauenarbeit in der bürgerlichen Ordnung gehören wie der Schatten zum Licht. Man vergesse nicht, daß der kapitalistischen Wirtschaft in einer kurzen Spanne, fast mit einem Schlage, Millionen von Frauen und Mädchen eingegliedert werden, die überwiegend ungeschult und unerfahren, erst recht unorganisiert und geradezu wehrlos gegen die Plusmacherei sind. Das aber obendrein zu einer Zeit, in der durch den Krieg recht viele der Dämme weggerissen worden sind, die die Arbeiterschutzgesetzgebung gegen das Übermaß der kapitalistischen Ausbeutung errichtet hatte.

Für die Arbeiterklasse gilt es deshalb, gerüstet wie je zu Arbeit und Kampf zu bleiben, um mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der vielen Millionen erwerbender Frauen und Mädchen, die dem Kapital zinsen und fronden müssen, die Interessen der Gesamtheit zu schützen. Im Ringen um dieses Ziel haben die Genossinnen in den vordersten Reihen zu stehen. Das sagt ihnen die rauhe Sprache der Tatsachen, die künden, daß die riesige Ausdehnung der beruflichen Frauenarbeit keine vorübergehende Erscheinung ist.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 15. Oktober 1915.

Franz Mehring zum 70. Geburtstag

Februar 1916

„Von Wahrheit ich will nimmer lan,
Das soll mir bitten ab kein Mann,
Auch schafft zu stillen mich kein Wehr,
Kein Bann, kein' Acht, wie fest und sehr
Man mich damit zu schrecken meint.“

Ulrich von Hutten

Wenn rasender Sturm das Meer peitscht und sich höher und höher türmende Wellenberge gegen das Schiff wälzen; wenn der hassenden Elemente Wut mit Menschenwerk und Menschenleben zu spielen und Menschenwillens zu spotten scheint, blicken wir mit Bewunderung und Vertrauen auf den Steuermann, der kühn und treu auf seinem Posten ausharrt, den Blick unverzagt auf das Ziel gerichtet, die Hand fest am regelnden Rad. Als solch ein Steuermann steht Franz Mehring an seinem 70. Geburtstag in wildbewegter Zeit vor uns, steht er in der Geschichte. Als solch einen Steuermann grüßen ihn in tiefer Dankbarkeit die Sozialisten aller Länder und zumal die deutschen Sozialisten, denen die Schlußlosung des „Kommunistischen Manifestes“ nicht zum politischen Kinderspott geworden ist; als solch einen Steuermann grüßen ihn alle, die sich stolz und glücklich seine persönlichen Freunde nennen.

Wind und Wellen des imperialistischen Weltkrieges werfen die Grundsätze vieler voranschreitenden Sozialisten wie leere

Nußschalen hin und her, ein Blutnebel nationalistischen Empfindens verdunkelt breiten proletarischen Massen das sozialistische Ideal, das ihnen früher wegweisend leuchtete. In den schweren Monaten des Versagens von Führern und Geführten hat Franz Mehring als internationaler Sozialist mit Theorie und Praxis, mit Bekenntnis und Tat den Kurs gehalten, der durch das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus bedingt ist. Von schwerster Ungunst der äußeren Umstände umlauert, Aug in Auge mit der Gewalt des Belagerungszustandes und der Zensur, durch die Nücken und Tücken des bürokratisierten Parteimechanismus gehemmt, doch nicht bezwungen, hat der Siebzigjährige damit eine opferbereite Kühnheit betätigt, die Jünglinge beschämt. Für das geschichtliche Geschehen und seine Tragweite hat der „Literat“ eine Schärfe und Klarheit des Blickes bekundet, die ihm mancher sozialistische „Realpolitiker“ neiden könnte, in dem der Geist staatsmännischer Weisheit mächtig rumort. So ist Franz Mehrings Wort und Beispiel eine bedeutsame lebendige Kraft in dem Selbstbesinnungsprozeß, zu dem sich die sozialistischen Parteien aus der tragischen Krise zurückzufinden beginnen, von der sie in fast allen Ländern mehr oder weniger stark erschüttert, ja aufgelöst werden. Und es wird zur würdigsten Krönung des reichen Lebenswerkes, das der Theorie und Praxis des Sozialismus, das dem Befreiungskampf des internationalen Proletariats wertvollste Förderung gebracht hat und bringt.

Franz Mehring wurde am 27. Februar 1846 zu Schlawe in Pommern als Sohn eines Pastors geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Greifswald, studierte in Berlin Geschichte, Philosophie usw. und erwarb in Leipzig den Doktorhut. Der politische Kämpfer muß sich jedenfalls früh und bestimmend in ihm geregt haben. Dreiundzwanzigjährig, beginnt Franz Mehring in der „Zukunft“ des aufrechten Guido Weiß zu schreiben, dessen strenge grundsätzliche Auffassung bürger-

licher Demokratie er teilte. Politisches Bekenntnis und politische Tat war schon für den jugendlichen Mehring eins. Mutvoll warf er sich – um ein treffliches Bild Wilhelm Liebknechts zu wiederholen – dem tosenden Niagara chauvinistischer Stimmung entgegen, die 1870 die Gemüter beherrschte. Mit den kernfesten Demokraten Johann Jacoby, Guido Weiß, Paul Singer und einigen anderen zusammen veröffentlichte er einen Protest gegen den Krieg. Kein kleines Wagnis in jenen Tagen, wie unsere Genossen von den eingeworfenen Fensterscheiben in Liebknechts Wohnung und der Hetze gegen diesen wie gegen Bebel wissen.

Als Berichterstatte für die Parlamentskorrespondenz von Oldenburg hatte Franz Mehring von 1871 bis 1873 beste Gelegenheit, die parlamentarische Praxis mit ihrem Um und Auf wie die führenden Parlamentarier der einzelnen Parteien aus nächster Nähe zu beobachten. In den Jahren 1873 bis 1876 war er Mitarbeiter und dann Mitredakteur der „Wage“, die Guido Weiß herausgab. Nach dem Eingehen dieses tapferen Organs schrieb er für verschiedene Tagesblätter: die „Spenerische Zeitung“, die „Saale-Zeitung“, die „Weser-Zeitung“; 1883 wurde er Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“, die damals wohl als das konsequenteste und angesehenste Tageblatt der bürgerlichen Demokratie angesprochen werden durfte und an der er von 1885 bis 1890 als Redakteur tätig war. Mit dem Ausscheiden aus der Redaktion der „Volkszeitung“ findet der geistig-politische Entwicklungsprozeß äußerlich seinen Abschluß, der Franz Mehring unter den Stürmen der sozialistengesetzlichen Zeit aus einem bürgerlichen Demokraten in einen Sozialdemokraten verwandelt hatte – langsam und nicht ohne Schwankungen und heißes Ringen, dafür aber organisch und schließlich dank einer um so klareren, tiefgewurzelten Erkenntnis.

Dem jungen Mehring war es bitterer, heiliger Ernst mit seinem Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie. Ihr Verfall,

der zumal nach dem Deutsch-Französischen Kriege und der Reichsgründung so rasch, gründlich und unaufhaltsam war wie der Aufschwung des Kapitalismus, überschüttete ihre ehrlichsten und konsequentesten Verfechter mit Enttäuschungen, die in den Seelen brannten. In der nämlichen Zeit leuchtete der Stern der sozialdemokratischen Bewegung heller und heller auf. Die Sozialdemokratie erschien als die natürliche Fortentwicklung und Vollendung der bürgerlichen Demokratie. Hier ein Welken und Absterben, dort neues, stark pulsierendes Leben. Gar manche – zumal Intellektuelle –, die in der Politik ein Höheres erblickten denn einen Kampf um die Tagesvorteile der Parteien und einzelner Volksschichten: ein Ringen um „der Menschheit große Gegenstände“, eine Wegbereitung hehrer Ideale, blickten damals mit warmer Sympathie, wenn auch nicht immer mit Verständnis, nach der Sozialdemokratie. Der und jener suchte und fand den Weg zu ihr um so leichter, als ihr Programm nicht so scharf umrissen und ihre Organisation nicht so fest gefügt war wie heute.

In der geistigen Atmosphäre jener Tage schloß sich wie Johann Jacoby und andere so auch Franz Mehring der Sozialdemokratie an. Der Ekel über den verkommenen Liberalismus diktierte ihm 1876 die frische Streitschrift in die Feder: „Herr Treitschke, der Sozialistentöter, und die Endziele des Liberalismus“. Sie war im sozialistischen Sinne gehalten und brachte ihrem Verfasser den Ruf eines entschiedenen Parteigängers der Sozialdemokratie. Franz Mehring konnte jedoch trotz allem noch nicht für die Dauer sein Zelt im Lager der proletarischen Klassenkämpfer aufschlagen. Was ihn in dieses getrieben hatte, war die leidenschaftliche Empörung des überzeugten Demokraten, der an seiner eigenen Partei zu verzweifeln begann, die sich angesichts jeder auftauchenden größeren Zeitfrage einen beschworenen Grundsatz nach dem andern wie mürben Zunder vom Leibe riß. Es war auch der

Abscheu vor den mancherlei Korruptionserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft und nicht zuletzt der bürgerlichen Presse, der ihn zu einem Tastenden und Suchenden nach einer neuen geistigen, politischen Heimat machte. Sie schien ihn wohl in der Sozialdemokratie zu grüßen, allein das wahre geschichtliche Wesen der Partei hatte er noch nicht erfaßt. Ehe es sich ihm ganz erschloß, teilte er jenes allgemein menschliche Los, das Kielland^[67] in dem Erlebnis des Jahrmarktbesuchers so fein symbolisiert hat, der hinter der Rückwand der bunten Schaubuden mit ihrem lachenden Leben spaziert. Er erfuhr, daß auch in der Sozialdemokratie Menschliches, Allzumenschliches mitsprechen konnte, derweilen er selbst noch nicht zu jener Überlegenheit herangereift war, die aus dem Wissen um die Schranken und Bedingtheit alles Seienden heraus Menschen und Dinge milde versteht und sich mit Philosophie und Humor über ihre Unvollkommenheit und Schwächen hinwegsetzt.

Wie Stimmungs- und Empfindungsgewalten Franz Mehring zur Sozialdemokratie zogen, so stießen sie ihn auch wieder von ihr ab. Denn noch hatte er in sich selbst den bürgerlichen Demokraten nicht vollständig überwunden, und dieser pflanzte nicht nur am Grabe immer wieder die Hoffnung auf, sondern erhob auch gegen die sozialistische Auffassung noch lange ernste Bedenken und Zweifel, die der jugendliche Kämpfer damals nicht restlos zu entkräften vermochte. Es kamen Jahre des Ringens, der Schwankungen, mit Ruhepausen, die dem fragenden Geist als Endpunkte der Selbstverständigung deuchten, in denen er glaubte, mit der Sozialdemokratie ein für allemal fertig zu sein und die alte demokratische Überzeugung veredelt und gekräftigt wiedergewonnen zu haben. Und Franz Mehring wäre nicht er selbst gewesen, der leidenschaftlich stürmende politische Kämpfer, wenn er in jenen Zeiten als überzeugter Demokrat die Sozialdemokratie nicht mit aller Wucht und Schärfe bekämpft hätte, die von seiner starken

Persönlichkeit untrennbar sind. Aber siehe: Die für ihn totgewähnte sozialistische Lehre feierte in seiner Seele ihren Auferstehungstag, und die scheinbar lebensstrotzende demokratische Auffassung dorrt unwiderruflich dahin. Aus dem Kampf zwischen den beiden politischen Doktrinen, zwischen zwei Weltanschauungen, in denen Vergangenheit und Zukunft aufeinanderprallten, ging zuletzt der Sozialismus als Sieger hervor.

Franz Mehrings Gegner in und außerhalb der Sozialdemokratie haben diesen Zeitabschnitt seines Lebens mit Vorliebe mißbraucht, um den Mann persönlich zu verunglimpfen, wenn ihnen im Ringen um Meinungen und Grundsätze der Atem sachlicher Gründe ausging. Wir erinnern an das schmachvolle systematische Kesseltreiben auf dem Parteitag zu Dresden. Es war die Quittung darüber, daß in der damaligen Auseinandersetzung um die Prinzipien und Taktik der Sozialdemokratie Franz Mehring, zumal als leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, ein klarblickender, entschiedener Führer der Linken war und das große Gewicht seines Wissens, seiner Begabung und Erfahrung für ihren Erfolg in die Waagschale warf. Als unverzeihliche Todsünde wurde es ihm angerechnet – und gewisse Parteikreise rechnen noch heute so –, daß er nicht, durch einen einzigen himmlischen Blitzstrahl erhellt, seinen Weg nach Damaskus fand und daß er in der Periode des Zweifels und Durchringens sich erst der Sozialdemokratie näherte, um sie dann reisig und bitter zu bekämpfen. Zum Ausfluß von Charaktergebrechen, von Zweideutigkeit, Unzuverlässigkeit, Tücke und Gott weiß was alles deutete man um, was der Ausdruck eines unruhigen, ringenden Geistes und eines kampfheischenden Temperaments war.

Mehring's zähe, gründliche Natur, die ganz auf Lessingsche bewußte Klarheit und Geschlossenheit eingestellt ist, konnte den alten politischen Glauben nicht früher einsargen und sich

dem neuen Gotte verschreiben, bis sie den Sozialismus als Wissenschaft, als Theorie sich völlig zu eigen gemacht hatte. Ein solches Ergreifen und Halten konnte jedoch nur das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses sein. Erst ein tiefeschürfendes Studium der Hauptwerke des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte vollendete, was eine scharfäugige Wertung der drückend empfundenen politischen und sozialen Zustände der Gegenwart eingeleitet hatte. Von dem Augenblick an, wo Franz Mehring im Sozialismus die Erfüllung seines glühenden Verlangens nach Erkenntnis, nach Wahrheit fand, hat er sich ihm ganz und mit einer Treue ergeben, die weder äußere noch innere Stürme zu wandeln imstande gewesen sind. Man vergleiche nur, wo heute Franz Mehring steht und in welchem konsequenten Aufwärtsschreiten er diesen stolzen Höhepunkt erreicht hat und wo jene „Leute aus Herrn Hardens Werkstatt“ stehen, die ihn in Dresden niederzuhetzen gedachten.

Man schrieb das Jahr 1881, das Sozialistengesetz wuchtete mit voller Härte auf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei, als Franz Mehring sich schließlich mit voller innerer Berechtigung als Sozialdemokrat betrachten durfte. Der Partei, die gefesselt, mundtot am Boden lag, brachte er Besseres zu als ein Lippenbekenntnis: mutvolle, opferbereite Tat. In der „Weser-Zeitung“ und namentlich in der „Berliner Volkszeitung“ verfocht er ihre Sache, führte er die schärfsten Streiche gegen die Bismarcksche Politik, ihre Schützer und Nutznießer. Wie selbstlos er sich damals an die Seite der verfemten Sozialdemokratie stellte – ohne Rücksicht auf die drohenden möglichen Folgen: Gefängnis, Ächtung, Verlust der Stellung –, wie tapfer er sich für sie schlug, das bleibt ein unverwelkliches Ruhmesblatt in der Lebensgeschichte eines ganzen Mannes. Seine volle Kraft konnte Franz Mehring jedoch erst für die Sozialdemokratie einsetzen, nachdem er 1891

Mitredakteur der „Neuen Zeit“ geworden war, an der er bereits seit 1888 mitgearbeitet hatte. Hier veröffentlichte er jene mit dem Pfeil gezeichneten Artikel, die, von Freund und Feind mit Interesse, ja Ungeduld erwartet, Meisterstücke politischer Publizistik waren, nach Marxens Vorbild in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ die Zeitereignisse im Lichte der großen geschichtlichen Zusammenhänge werteten und den kenntnisreichen Inhalt durch eine glänzende Darstellung hoben. Hier steuerte er eine Fülle von anderen Beiträgen bei, die der Klärung und Fortentwicklung der sozialistischen Theorie dienten, die Richtigkeit dieser Theorie auf den verschiedensten Gebieten des Wissens, der geistigen Kultur erhärteten, in die Tageskämpfe mit den bürgerlichen Feinden, in die Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Reihen eingriffen. Hier unternahm er in dem Feuilleton, das er von 1906 an redigierte, einen beachtenswerten Versuch, die Sprossen und Blüten des gesamten geistigen Menschheitslebens vom Boden des historischen Materialismus aus zu fassen und zu würdigen, den Sozialismus in seiner Weite und Tiefe als Weltanschauung zur Geltung zu bringen. Kurz, Franz Mehring hat Wertvollstes, hat Unersetzliches dazu beigetragen, daß „Die Neue Zeit“ als führendes Organ des wissenschaftlichen Sozialismus national und international ein unbestrittenes Ansehen erwarb und lange behauptete, bis es in den letzten Jahren durch Karl Kautskys Schwanken und Unsicherheit in prinzipiellen und taktischen Fragen entwurzelt worden ist. Der innere Umwandlungs- und Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratie, der seit dem 4. August 1914 allen Augen wahrnehmbar zutage tritt, weil die Glutmosphäre des imperialistischen Weltkrieges sein Tempo beschleunigt, seinen Umfang erweitert, warf seine Schatten in dem Konflikt voraus, der unseren Freund sehr zum Schaden der „Neuen Zeit“ zwang, seine Tätigkeit auf dem altgewohnten Wirkungsfeld erheblich einzuschränken. Denn

einer seiner sachlichen Kernpunkte war Mehrings unliebsam empfundene Kritik an Erscheinungen, die die Theorie des „Umlernenmüssens“ begünstigen: Parteibürokratismus und parlamentarischer Kretinismus.

Eine Erweiterung seines publizistischen Arbeits- und Kampffeldes schuf sich Franz Mehring namentlich mit seiner Tätigkeit an der „Leipziger Volkszeitung“. Nach Bruno Schoenlanks Tode, 1901, war er bis 1907 ihr leitender Redakteur, in den folgenden Jahren ihr eifriger, den Charakter des Blattes prägender Mitarbeiter. Zeiten des unvergessenen Glanzes und Ruhmes für die „Leipziger Volkszeitung“, die damals durch scharfe Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts die Führung der sozialdemokratischen Linken hatte und mit ihrer Haltung oft bestimmend für die Entscheidungen der Gesamtpartei wurde.

Eine Tätigkeit wie die unmrissene scheint hinreichend, um das Leben eines Begabten und sehr Fleißigen auszufüllen. Dem Arbeitsfanatismus und der Kampfbegier eines Mehring tat sie nicht Genüge. Sie erschöpfte nicht die geistigen Schätze, die er zu spenden hatte, die unversiegbaren frischen Kräfte, die er immer wieder für den Sozialismus einsetzen konnte. Franz Mehring hat uns eine stattliche Reihe von Werken geschenkt, unter denen sich klassische Denkmäler der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus aller Länder befinden. Wir erwähnen nur die „Lessing-Legende“, die bereits 1893 erschien, die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, die 4 Bände „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, die 3 Schriften zur deutschen Geschichte an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts: „Jena und Tilsit“, „1807 bis 1812. Von Tilsit nach Tauroggen“, „1813 bis 1819. Von Kalisch nach Karlsbad“, die Studie über „Schiller“, die Ausgabe sozialistischer Neudrucke usw. Eine Würdigung, ja, auch nur eine knappe Charakteristik

dieser Werke im einzelnen ist leider im Rahmen dieses Artikels unmöglich. Nur soviel im allgemeinen, daß sie für die Arbeiterschaft reiche Fundgruben des Wissens, der Erkenntnisse sind. Sie führen tief hinein in die sozialistische Ideenwelt, indem sie die sozialistische Theorie entwickeln und fest verankern. Das aber nicht bloß in abstrakten gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Gedankengängen, sondern vor allem auch sehr konkret, durch Anwendung des historischen Materialismus als Forschungsmethode zur Durchleuchtung und Darstellung bestimmter Perioden und Erscheinungen der Geschichte. So unmöglich es ist, den Sonnenstrahl mit rasch zupackender Hand zu fangen, so wenig können wir in dieser Skizze den Glanz, die Wärme, den Geistesreichtum und die Sachkenntnis bannen, kurz, alle jene geistigen Werte, die Mehrings Arbeiten auszeichnen. Der Siebzigjährige steht mitten in der Arbeit zu einer umfangreichen Marx-Biographie. Nach dem ersten Teile, den zu lesen uns vergönnt war, verspricht sie in Gehalt und Form das Reifste und Schönste zu werden, was Franz Mehring geschaffen, ein bleibendes Monument dankbarer, verständnistiefer Verehrung für den genialen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, ein Monument für den ihm wesensverwandten Verfasser und seine ungebrochene fruchtbare Gestaltungskraft.

Wer Genosse Mehring ist und was er für die Theorie und Praxis des internationalen Sozialismus bedeutet, das sagen uns seine Werke. Seine überragende Persönlichkeit mit ihrer urwüchsigen Kraft, ihrer angeborenen reichen Vielseitigkeit und ihrer erworbenen und bewußten Kultur geht ganz in sie ein und erfüllt sie mit starkem, individuellem Leben. Sie erweisen ihn als einen vorbildlichen Verwalter und Mehrer des wissenschaftlichen Erbes, das Karl Marx und Friedrich Engels uns hinterlassen haben. Mehring eignet zuviel von dem verzehrenden Forschungs- und Wahrheitsdrang, von dem stolzen

Unabhängigkeitssinn dieser Größten, als daß er ein bloß nachbetender und nachtretender Schüler sein könnte, ein Apologet, der bedientenhaft jedes Wort der Meister mit Silbenstechereien rechtfertigen will und jedes Stäubchen von Irrungen und Wirrungen in ihrem Urteil und ihrem Verhalten fortzuputzen trachtet. Indem er mit dem wundervollen Arbeitswerkzeug, das sie uns übergeben, kritisch prüfend an ihr Leben und Weben herantritt, hebt er gerade den fortwirkenden unsterblichen Teil ihres Werks in das hellste Licht. Der höchste Zoll seiner Verehrung für sie ist das Schaffen in ihrem Sinne, von ihrem Geiste bewegt.

Was Franz Mehring dabei mit einem nie ermattenden Riesenfleiß zusammenträgt, das durchleuchtet und gestaltet seine außerordentliche Begabung und haucht ihm eine frische, glühende Seele ein . . . Dieser Kündler der sozialistischen Theorie ist ein Meister der deutschen Sprache, der Gestaltungskunst. Aber freilich: Er ist auch ein reisiger Kämpfer, der das wuchtige Schwert und das elegante Florett gleich meistert, nach der Art eines ganzen Mannes auf einen Schelmen andert halbe setzt und sicher auch in der Freude an einer glänzenden Waffenführung manchen scharfen Hieb niedersausen läßt. Wie oft, wie bitter ist ihm das von jenen angekreidet worden, denen das Verständnis für die reine Quelle des scharfen Kampfes fehlt: für die leidenschaftliche Hingabe an die große Sache, zur Befreiung des Proletariats und der Menschheit „die Welt zu verändern“. In der Waffenführung wie in vielen Zügen seiner geistigen Physiognomie ist Franz Mehring aus dem Geschlecht Ulrichs von Hutten, des ersten großen politischen Publizisten Deutschlands. Stark in Liebe und Haß, in Zorn und Begeisterung, die Hand stets am Wehrgehänge und bereit, das Schwert aus der Scheide fliegen zu lassen zum frischfröhlichen Waffengang für die Wahrheit, unbekümmert um die persönlichen Opfer. So gelten für ihn die unseren Ausführungen vor-

angestellten Verse des streitbaren Humanisten und Vorkämpfers der Reformation.

Was die persönliche Freundschaft Franz Mehring zum Dank und zur Ehre zu sagen hätte, das soll hier unausgesprochen bleiben. Dagegen ist es eine Gerechtigkeitspflicht, einen Zweig aus dem vollen Lorbeerkranz zu lösen, den ihm die internationalen Sozialisten, den die erwachten und klarblickenden Proletarier aller Länder reichen. Dieser Zweig gebührt Eva Mehring, die mit leidenschaftlicher Hingabe das Leben ihres Gatten mitlebt, eine verständnisvolle, opferbereite Gefährtin in Mühsal und Not, in Sturm und Wogendrang.

Jahre, in denen sehr viele, ermattet von Arbeit und Kampf, zurücktreten, zeigen Franz Mehring noch auf der Höhe der Schaffensfreudigkeit und Schaffenskraft, der Kampfbegier und Kampfbereitschaft. Wir schöpfen daraus die Hoffnung, daß sich erfülle, was mit uns Ungezählte wünschen: daß unserem Freunde noch viele Jahre des Wirkens in voller Rüstigkeit beschert seien. Unsere Zeit und die nächste Zukunft bedürfen der Männer, um die verwirrten und zersprengten Proletariersmassen in ziel- und wegklarer Erkenntnis zu sammeln und den internationalen Sozialismus aus seinem tiefen Fall auf die Höhe seiner welterlösenden Aufgabe zu heben. Männer, die mit klarer Erkenntnis und stahlhartem Willen bereit sind, Erkenntnis zur Tat werden zu lassen; Männer, die sich ganz für ihre Ziele einsetzen, auch wenn sie dabei mit wenigen gegen den Strom schwimmen müssen. Als solch ein Starker und Unbeugsamer von Geist und Charakter hat sich Franz Mehring bewährt:

Er ist ein Mann, nehmt alles nur in allem,
Ihr werdet selten seinesgleichen sehen.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 18. Februar 1916.

Genosse Liebknecht vom Reichstag preisgegeben

Mai 1916

Der Reichstag hatte sich kürzlich mit Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft⁽⁶⁸⁾ zu beschäftigen. Sie sollten die Abgeordnetenimmunität wahren, die die Grundlage der freien Ausübung des Mandats als Volksvertreter ist. Die Anträge forderten die sofortige Aufhebung der Haft, in der Genosse Liebknecht bekanntlich seit dem 1. Mai sich befindet. Der Reichstag hatte die Anträge seiner Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Aus dem Bericht, den der Abgeordnete Payer (Fortschrittliche Volkspartei) dem Reichstag gab, ist, wie der „Schwäbische Merkur“ mitteilt, zu entnehmen, daß sich der aus den Akten des Königlichen Kommandanturgerichts entnommene Tatbestand, der zur Haft geführt hat, wie folgt verhält:

„Am Abend des 1. Mai nach 8 Uhr fanden auf dem Potsdamer Platz in Berlin Ansammlungen statt, zu denen sich etwa 200 Personen, meist jugendlichen Alters, auch Frauen, eingefunden hatten. Nach der Schilderung der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten und Unteroffiziere wurden, wie es in solchen Fällen üblich zu sein scheint, die Ansammlungen an den Bürgersteigen von den anwesenden Schutzleuten weitergezogen, die auch hin und wieder einen Teil der Straße absperreten. Es wurde etwas gelärmt und gejohlt, im allgemeinen

verhielt sich aber nach dieser Darstellung die Menge ruhig. Während die Polizei nun bemüht war, den Bürgersteig vor dem „Fürstenhof“ zu säubern, rief ein Mann aus einem Menschenknäuel mit lauter Stimme: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Zwei Schutzleute faßten den Mann und führten ihn zur nächsten Polizeistation, wobei er sich nach ihrer Angabe gegen die Abführung sträubte, indem er den Oberkörper zurückbog, mit den Armen nach hinten schlug und die Füße gegen den Boden stemmte. Nur mit Gewaltanwendung konnte der Festgenommene zur Polizeistation geschafft werden. Dieser Festgenommene war der Abgeordnete Liebknecht, der damals einen Zivilanzug trug und nicht sofort von den Schutzleuten erkannt wurde. Er wurde in Haft behalten. Am 2. Mai wurden auf Veranlassung der Kriminalpolizei bei ihm, weil er im Verdacht stehe, die Straßendemonstrationen eingeleitet zu haben, in seiner Wohnung und in seinem Büro Haussuchungen abgehalten, wobei sich in seiner Wohnung 120 kleine Handzettel, Einladungen zur Straßendemonstration am 1. Mai, fanden und über 1300 Exemplare eines Flugblatts: „Auf zur Maifeier!“ Bei seiner ersten Vernehmung vor einem Kriminalkommissar am 2. Mai hat der Abgeordnete Liebknecht sofort erklärt: Die bei ihm vorgefundenen Handzettel und Flugblätter seien ihm bekannt, er habe sie verbreitet, soweit er Gelegenheit dazu gehabt habe, er gäbe auch zu, daß die bei ihm vorgefundenen Exemplare zur Verbreitung bestimmt gewesen seien. Am Abend des 1. Mai habe er sich zum Potsdamer Platz begeben, um sich an der Maidemonstration zu beteiligen. Er habe in der Menge mehrmals gerufen: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Er habe damit seine Überzeugung öffentlich bekunden wollen, daß es Pflicht der Regierung wäre, den Krieg zu beenden, und daß es Aufgabe des Volkes sei, einen entsprechenden Druck auf die Regierung auszuüben. Er halte dieses sein öffentliches Auftreten

nicht für strafbar, vielmehr für eine Pflicht gegenüber der großen Masse des deutschen Volkes wie auch anderer kriegsführenden Staaten, in denen seine politischen Gesinnungsgenossen in gleichem Sinne wie er tätig seien.“

Gegen den Genossen Liebknecht wurden hierauf am 3. Mai zwei Haftbefehle erlassen. In dem ersten wird er als dringend verdächtig erklärt, zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit aufgefordert zu haben, ferner sich selbst dieses Ungehorsams schuldig gemacht zu haben durch Nichtbefolgung eines dienstlichen Befehls (das bekannte Verbot, sich als Soldat sozialdemokratisch zu betätigen). Es wird ihm des weiteren körperlicher Widerstand gegen einen Beamten zur Last gelegt. Im zweiten Haftbefehl wird die Untersuchung angeordnet, weil er dringend verdächtig ist, vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben.

Von einer Verlesung des Maiaufrufs, den verbreitet zu haben Liebknecht angeklagt wird, nahm Herr Payer Abstand, da sie „seinem Inhalt die denkbar größte Verbreitung nach außen geben müßte“. Er meinte aber:

„Soweit sein Inhalt ohne Schädigung des Reiches überhaupt zum Vortrag gebracht werden kann, nimmt der Aufruf die Maifeier zum Anlaß, für den Krieg und die in dessen Gefolge eintretenden Schädigungen in der Hauptsache nicht unsere auswärtigen Feinde, sondern eine Reihe von einheimischen Ständen und Erwerbszweigen und die Herrschsucht der Regierung verantwortlich zu machen. Dann forderte er weiter die Arbeiter und die Frauen auf, die Hölle des Krieges und das Verbrechen der Menschenmetzelei nicht weiter zu tragen; nur das Volk könne ein Ende machen; es dürfe nicht länger seine eigenen Ketten schmieden. Überall in Deutschland und in den feindlichen Ländern müßten die Arbeiter die Fahne des Klassenkampfes ergreifen. Die Arbeiter und die Frauen werden erneut

aufgefordert, den Maifeiertag zum Protest gegen die imperialistische Metzerei zu gestalten. Der ganzen Menschheit werde über die Grenzsperrn und Schlachtfelder hinweg die Bruderhand gereicht, und es werde zum Kampf, zum Kampf gegen unsere Feinde, das heißt nicht etwa gegen unsere Kriegsgegner, sondern gegen die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und deren geschäftsführenden Ausschuß, die deutsche Regierung, aufgefordert.“

Herr Payer glaubte hinzufügen zu müssen, diese Aufforderung sei in „ungewöhnlich leidenschaftlicher Sprache und aufreizendem Tone gehalten“.

„In einer Zuschrift“, führte Herr Payer weiter aus, „vom 4. Mai an das Königliche Kommandanturgericht zu Berlin hat der Abgeordnete Liebknecht noch in längeren Ausführungen seinen Ruf: ‚Nieder mit der Regierung!‘ dahin ausgelegt, daß er die Gesamtpolitik der Regierung als verderblich für die Masse der Bevölkerung habe brandmarken wollen und daß schroffster Klassenkampf gegen die Regierung die Pflicht jedes Vertreters proletarischer Interessen sei, und er hat dann noch beigefügt, daß die Propaganda für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder gegen ihre brudermörderischen Volksgenossen gerade während des Krieges eine doppelt heilige Pflicht eines Sozialisten sei.“

Im Ausschuß habe die Mehrheit angenommen, daß die Anklage gegen Liebknecht begründet, keine bloße Scheinklage sei. Man habe die Frage untersucht, „ob wirklich das Haus und damit die Allgemeinheit ein so großes Interesse an der Mitarbeit des betreffenden Mitgliedes haben. Die Folgen solcher Demonstrationen, wie Liebknecht sie gewollt habe, ließen sich nicht übersehen, zumal in Großstädten. Auch müsse man bedenken, wie ähnliche Kundgebungen auf das Ausland wirken. Wenn man Liebknecht seinem Richter entziehe, so verschaffe man ihm künstlich Gelegenheit, seine Verfehlungen bei

nächstbester Gelegenheit zu wiederholen. Darum beantrage die Kommission, die Anträge abzulehnen.“

Umsonst versuchten die sozialdemokratische Fraktion und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, wenigstens dem bürgerlichen Liberalismus die Torheit des Beginnens vor Augen zu führen, nach dem Grundsatz: Was heute mich trifft, kann morgen dich treffen. Umsonst warnten sie vor dem schlimmen Eindruck, den eine Preisgabe der Abgeordnetenimmunität gerade in diesem Falle in weiten Kreisen mit demokratischem Empfinden hervorrufen müsse. Sie warnten auch, den Verdacht aufkommen zu lassen, die bürgerlichen Parteien hätten sich aus dem Gefühl der Nervosität und der Schwäche heraus zu einem Racheakt hinreißen lassen. Umsonst! Nachdem die sozialdemokratische Fraktion Liebknecht so oft desavouiert und dem Gelächter seiner Gegner preisgegeben hatte; nachdem einzelne Fraktionsmitglieder sich demonstrativ gegen den einstigen Fraktionskollegen auf die Seite des Bürgertums gestellt hatten, da war das Recht verwirkt, sich darüber zu beklagen, wenn zugleich mit dem Manne auch die parlamentarische Einrichtung rettungslos über Bord ging. Tatsächlich ist ja, nachdem der Grundsatz einmal anerkannt ist, daß es darauf ankomme, ob das Haus „ein so großes Interesse an der Mitarbeit des betreffenden Mitgliedes“ habe – und dieser Grundsatz ist durch die Abstimmung anerkannt –, damit auch jede andere Minderheit in die Hand der Mehrheit gegeben.

Genosse Landsberg wie Genosse Haase wiesen in ihren Reden auf geschichtliche Situationen hin, in denen auch liberale und Zentrumsführer das Unglück hatten, mit einer ähnlich schweren Anklage bedacht zu werden. Damals haben Parlamente ihr parlamentarisches Grundrecht, die Unverletzlichkeit der Mitglieder, höher gestellt als alle anderen Rücksichten. Das hatte seinen guten Grund. Damals war das Bürgertum

selbst noch teilweise eine kämpfende und sich wehrende Klasse. Heute stellt sie gesättigte Regierungsparteien. Diese halten es für ausgeschlossen, daß ihre Abgeordneten jemals wieder in eine so schwierige Lage kommen. Daß die bürgerlichen Parteien es nicht einmal der Mühe wert hielten, die Gründe der Sozialdemokraten zu widerlegen, nimmt nicht wunder. Bürgerliche Blätter haben offen erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag nur um ihres Prestiges willen, gleichsam anstandshalber, eingebracht habe. Sie ließen durchblicken, daß sie ihn wohl gar nicht so ernst meinten. Diese Annahme ist den Bürgerlichen nicht recht übelzunehmen, angesichts des ängstlichen Abrückens des Genossen Landsberg von der Person des Angeklagten, angesichts der offen feindseligen Kundgebungen mancher sozialdemokratischer Abgeordneter und Zeitungen nicht nur gegen die Person, sondern auch gegen den Sozialismus, wie ihn Liebknecht rückhaltlos und folgerichtig vertrat. Auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft stünde heute anders da, wenn sie schon früher keinen Zweifel daran gelassen hätte, daß sie in der Sache mit Liebknecht und besonders auch mit seinen kleinen Anfragen einverstanden sei.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 26. Mai 1916.

Petersburger Arbeiter demonstrieren für den Frieden

Juni 1916

Erst jetzt werden Einzelheiten der kriegsfeindlichen Kundgebungen der Petersburger Arbeiter am 22. Januar bekannt, dem Jahrestag des Blutsonntags von 1905. Das Organ der Lenin-Richtung, der in Genf erscheinende „Sozialdemokrat“, veröffentlicht darüber in seiner letzten Nummer (Nr. 53 vom 13. April) folgendes: Schon Mitte Dezember begannen die Petersburger Arbeiter zu beratschlagen, was sie am 22. Januar unternehmen würden. Das Petersburger (bolschewistische) Parteikomitee empfahl den Rayonsorganisationen einen *ein-tägigen* Proteststreik mit anschließender *Demonstration*, und zwar unter der Parole: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die Revolution!“

Die Rayonsorganisationen nahmen den Plan des Komitees an und begannen ihre Vorbereitungen zu treffen. Das Komitee gab ein besonderes Flugblatt heraus: „An die Soldaten!“ und ein anderes über die Bedeutung des 22. Januar. Das Ergebnis dieser Vorarbeit war, daß am 22. Januar, nach Angabe der Unternehmer, etwa 100000 Arbeiter in Petersburg streikten. An der Spitze marschierte der Wyborger Stadtteil, in dem sämtliche Betriebe (mit ungefähr 40000 Arbeitern) die Arbeit eingestellt hatten. In den übrigen Stadtteilen war der Streik nicht allgemein, weil ein Teil der organisierten Arbeiter – meist die Anhänger der Mitarbeit in den Kriegsindustrienausschüssen –

gegen den Streik waren. In einigen Betrieben wurde eine Anzahl Arbeiter gemaßregelt; es fanden auch Verhaftungen von Demonstranten statt, allerdings von besonderen Ausschreitungen hielt die Polizei aus Furcht vor der Erbitterung der Massen sich zurück.

Über die Kundgebungen selbst schreibt der „Sozialdemokrat“: „Während der zahlreichen Demonstrationen am 22. Januar kam es zu Begrüßungsszenen zwischen den Demonstranten und den Soldaten. So trafen die Arbeiter auf der Wyborger Chaussee mit einem Automobilzug voll Soldaten zusammen. Es kam zu einem freundschaftlichen Austausch von Begrüßungen. Als die Soldaten die roten Fahnen erblickten, entblößten sie die Köpfe und schrien ‚Hurra!‘, ‚Nieder mit dem Krieg!‘ usw.

Am Abend des 22. Januar bewegte sich auf dem Sabalkanski-Prospekt ein ungeheurer Zug von Arbeitern, Arbeiterinnen und Soldaten. Die Demonstranten sangen revolutionäre Lieder, hielten Ansprachen, schrien: ‚Nieder mit dem Krieg!‘ Die Polizei verhielt sich während der ganzen Zeit reserviert und bat nur die Demonstranten, ‚auseinanderzugehen‘. Die Anwesenheit von 300 bis 400 Soldaten in der mehr als tausendköpfigen Menge wirkte auf die Polizei beruhigend; sie machte nicht nur nicht den Versuch, die Menge zu zerstreuen, sondern griff nicht einmal zu Drohungen. Die Demonstration währte über eine Stunde und nahm wegen der späten Tageszeit (11 Uhr abends) in demselben Stadtteil ein Ende.“

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Stuttgart, 9. Juni 1916.

Rüsten und Abrüsten

Aus einem Artikel

Juni 1916

So schwer es ist, während der Dauer des Weltkrieges genau im einzelnen vorauszusagen, wie nach ihm die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich gestalten werden, so kann man doch schon jetzt einige grundlegende Tatsachen ohne jeden Zweifel feststellen. Es ist zum Beispiel bereits heute Tatsache, daß mit der Annahme der neuesten, sechsten Kriegskreditvorlage, der die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion wie allen früheren ihre Zustimmung gegeben hat, die unmittelbaren Kosten des Krieges auf 52 Milliarden Mark gestiegen sind. Vorausgesetzt sogar, daß dies die letzte Kreditvorlage wäre, ist damit eine Riesenschuldenlast des Reiches geschaffen. Zusammen mit der notwendigen Versorgung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer wie den anderen zur Deckung der Kriegsschäden erforderlichen Ausgaben wird sie nach dem Friedensschluß die Aufbringung neuer Steuern im Betrag von vielen Milliarden jährlich unvermeidlich nach sich ziehen.

Bleiben die heutigen Macht- und Klassenverhältnisse in den kriegführenden Ländern auch weiter fortbestehen, dann ist es nicht schwer zu erraten, daß die Hauptlast der Steuern, die sich aus dem Kriege überall ergeben werden, auf den breiten und geduldigen Rücken der arbeitenden Volksklassen

abgewälzt wird. Wie die riesigen Kosten des Krieges, die für alle beteiligten Länder und in hohem Maße auch für die neutralen Staaten insgesamt eine phantastische Summe ergeben dürften, aus indirekten Steuern aufgebracht werden sollen, das ist freilich eine Frage, vor der jedes bürgerliche Finanzgenie völlig ratlos steht. Die überraschend schnelle Laufbahn des Reichsschatzsekretärs Helfferich, der seinem Ressort eiligst den Rücken kehrte, nachdem er mehrere Kriegsanleihen und Steuerprojekte eingefädelt hatte, bestätigt deutlich, daß der bürgerliche Staat heute schon den durch den Weltkrieg aufgeworfenen Finanzproblemen gegenübersteht wie der bekannte Zauberlehrling, der die Geister rief. — Auf jeden Fall aber müssen die Arbeiter — immer die Fortdauer der gegenwärtigen Klassenverhältnisse vorausgesetzt — mit aller Sicherheit in Deutschland so gut wie in anderen Staaten mit einer ganz außerordentlichen Steigerung der finanziellen Staatslasten rechnen.

Was sich als das dringendste Interesse der proletarischen Massen schon aus diesen rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ergibt, dürfte nach dem einfachen Einmaleins jedermann klar sein. Jeder weitere Tag, den der Weltkrieg dauert, wirft natürlich ein neues Gewicht zu der Summe seiner Kosten und zu dem Berge von Lasten, die nach der Schlußrechnung den Völkern aufgebürdet werden. Die Geltendmachung des klaren Willens der proletarischen Massen allerwärts für die rascheste Beendigung der gegenseitigen Vernichtung der Völker ist demnach die erste und durchgreifendste Maßnahme gegen die kommende Belastung. Außerdem ergibt sich aber für die Arbeiterschaft als dringende Aufgabe das elementare Abwehrmittel gegen Teuerung und öffentliche Lasten: das nachdrückliche Eintreten für ein Lohnniveau, das wenigstens zum Teil den unausbleiblichen wirtschaftlichen Druck von der anderen Seite her ausgleichen würde. Der gewerkschaftliche Kampf ist die erste Rettungsplanke der Arbeiterschaft

in jeder Periode steigender Lebensmittelpreise und Steuern. Wie sieht es nun damit zur Zeit aus?

Die jährliche Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zeigt, daß die Lohnkämpfe im Reiche, die gleich nach Ausbruch des Krieges von den Gewerkschaftsführern offiziell eingestellt wurden, im vergangenen Jahre noch mehr zurückgegangen sind, als dies 1914 der Fall war. Das Jahr 1915 weist die niedrigsten Beteiligungsziffern an Streiks und Aussperrungen auf seit Beginn der amtlichen Streikstatistik. Die Zahl der Streikenden betrug nämlich nur 11639, die der Ausgesperrten 1227 Personen. Noch auffallender ist die kurze Dauer der Lohnkämpfe. Die offizielle Übersicht sagt darüber, daß die 167 Arbeitskämpfe der siebzehn Kriegsmomente mit 14950 beteiligten Arbeitern eine Gesamtdauer von $930\frac{5}{6}$ Tagen umfassen; es entfielen also durchschnittlich auf die einzelnen Arbeitskämpfe nur 5,57 Tage . . .

Die gewerkschaftlich tätigen Genossinnen und Genossen denken vielfach: Nach dem Kriege bricht die Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital auf der ganzen Linie mit um so größerer Wucht los. Allein sehen wir zu, ob auf der Gegenseite das Kapital auch geduldig und bürgerlich auf die Zeit nach dem Kriege wartet, um seine Stellungen zu befestigen.

Lassen wir die offenkundigen Tatsachen beiseite, wie sehr der Krieg und seine lange Dauer selbst dazu führen, die Appetite und Bestrebungen der großkapitalistischen Industrie und des Handels zu befriedigen. Die Geschichte der Lebensmittelversorgung, die dank der Kriegslieferungen gezahlten Dividenden reden eine deutliche Sprache. Aber auch die innere Rüstung des Kapitals, der Ausbau seiner sozialen Macht über die Arbeiterschaft, macht während des Krieges zusehends ungeheure Fortschritte. Der Krieg, wie jede große soziale Krise, erschlägt die schwachen Kapitale und kräftigt die

starken. Er fördert die Konzentration des Kapitals. Nach dem Kriege wird der Arbeiterschaft ein gewaltiger zusammengeballtes, stärker verschanztes und besser ausgerüstetes Kapital gegenüberstehen. Was das für die soziale Lage der Arbeiter bedeutet, das sehen und sprechen schon heute klar aus — zwar bei weitem nicht alle Gewerkschaftsführer des Proletariats, wohl aber die Organe der Kapitalistenklasse selbst. Ein rein kapitalistisches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, schrieb in ihrer Nummer vom 3. Juni:

„Der Krieg konzentriert den Kapitalbesitz in einer relativ kleineren Zahl von Händen. Das ist das eine. Das zweite aber, was vielleicht noch viel folgenschwerer sein wird, ist, daß der Krieg die Tendenz beschleunigt, das Kommando über das Kapital und damit auch über die Arbeit bei einer allmählich immer kleiner werdenden Zahl von leitenden Personen und Stellen zusammenzuführen. Er beschleunigt die Tendenz zum Großbetrieb, zur Fusionierung, zur Kartellierung, zur Monopolisierung.“

Das wird an Hand des eben jetzt vollzogenen Zusammenschlusses der gesamten chemischen Industrie Deutschlands zu einer gewaltigen, im Reiche einzig dastehenden Monopolmacht geschildert und daraus der Schluß gezogen:

„Was derartige großkapitalistische Monopole zu einer ersten volkswirtschaftlichen und sozialen Gefahr und damit zu einer der schwersten und dringendsten — von Regierung und Volksvertretung in Deutschland allerdings bisher in ihrer schweren Dringlichkeit durchaus nicht erkannten — staatspolitischen Aufgaben macht, ist die Ausschaltung jeder Gewerbefreiheit, die soziale Übermacht über Angestellte und Arbeiter, die unumschränkte Herrschaft über die Verarbeiter und Verbraucher der monopolisierten Erzeugnisse und die Möglichkeit zur rücksichtslosen Ausnutzung dieser Herrschaft.“

Selbst Kapitalistenblätter sprechen also schon von der Gefahr, die der Arbeiterschaft aus den heutigen Rüstungen des Kapitals in allernächster Zukunft droht. Das Kapital führt Krieg, geht auf Eroberungen aus, rüstet gegen die Arbeiter. – Und die Arbeiterrüstungen, die Gewerkschaften? Die offizielle Streikstatistik gibt die Antwort: Die Arbeiter rüsten ab. Lassalle sagte einmal in einer Rede vor den Arbeitern: „Die Bourgeoisie hat viel bessere Diener als Sie, meine Herren.“ Mit den „Dienern“ meinte er die politischen und wirtschaftlichen Führer.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 23. Juni 1916.

Die Kriegszielerörterungen

September 1916

In allen kriegführenden und neutralen Ländern steigt unaufhaltsam das Verlangen der Massen nach Frieden. Bis tief in die Bourgeoisie hinein ist der Wunsch lebendig, in irgendeiner „ehrvollen“ Weise aus den furchtbaren, blutigen Wirrnissen eines Krieges von unabsehbarer Dauer herauszukommen. Um so lauter erklingen die Schlachttrompeten der kleinen, aber machtvollen Cliques jener unentwegten Kriegspolitiker und imperialistischen Beutemacher, deren „Vaterland“ nie groß genug sein kann. In Deutschland haben diese Herrschaften wiederholt zu offenem Angriff gegen den Reichskanzler ausgeholt, der ja keineswegs ein Gegner von Annexionen ist, der jedoch als verantwortlicher Politiker natürlich auch mit anderen Tatsachen rechnen muß als mit den Interessen und Wünschen der Reventlow und Gebtsattel, Basseremann, Stresemann, Fuhrmann, Schumacher, Schäfer, Thyssen und tutti quanti. Als Stütze der offiziellen Reichspolitik ist der „Nationalausschuß zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens“ ins Leben getreten. Die dritte Wiederkehr des Kriegsbeginns am 1. August bot ihm willkommene Gelegenheit, in zahlreichen Großstädten Versammlungen abzuhalten, in denen trotz aller Schattierungen im einzelnen im großen ganzen Kriegsziele aufgestellt wurden, die sich auf der vom Reichskanzler angedeuteten „mittleren Linie“ halten.

Mit diesen Versammlungen hat tatsächlich die Erörterung

der Kriegsziele begonnen, begonnen freilich nur in dem beschränkten Sinne, wie es der Regierung genehm ist. Die natürliche Folge davon war, daß die unentwegten Alldrutschen für sich dieselbe Freiheit der Meinungsäußerung verlangten, die dem Nationalausschuß gelassen wurde. Sie taten und tun das demonstrativ, trotzdem sie auch vorher schon Mittel und Wege genug gefunden haben, ihre anspruchsvolleren Kriegsziele in der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Es sei nur an die Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände erinnert, an die Resolution des nationalliberalen Parteivorstandes, an die Agitation des Professors Dietrich Schäfer usw.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an neben anderem die Freigabe der Kriegszielerörterungen gefordert. Als Massenpartei, die sich auf die Demokratie beruft, mußte sie diese Forderung erheben. Ein Volk, das sein Blut auf den Schlachtfeldern verspritzt und zu Hause die schwersten Entbehrungen trägt, muß auch das Recht haben, über Kriegs- und Friedensziele nicht nur seine Meinung zu sagen, sondern über sie zu entscheiden. Es kommt ferner in Betracht, daß ungeachtet der geknebelten Meinungsfreiheit nicht verhindert werden kann, daß das Ausland über die im Deutschen Reiche bestehenden Strömungen und Gegenströmungen unterrichtet ist. Aller Zensur zum Trotz gelingt es den Annexionisten und Alldrutschen immer wieder, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Den ausländischen Kriegspolitikern ist es in der Folge ein leichtes, für ihre Zwecke ihrem geduldigen Publikum das gefälschte Bild eines kriegs- und eroberungswütigen deutschen Volkes vorzumalen. Freie Kriegszielerörterung ist also eine Forderung der Demokratie und der allgemeinen politischen Klugheit.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hatte sofort die Konsequenzen aus den Veranstaltungen des Deutschen Nationalausschusses gezogen. Sie wollte in Berlin in einer

Versammlung das gleiche Thema behandeln, das dort erörtert wurde. Ihr Vorstoß wurde verboten. Nun hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Freigabe der Kriegszielerörterungen gefordert. In einem Aufruf an die Parteigenossen wirft er unter Hinweis auf die furchtbaren Opfer und Verheerungen zweier Kriegsjahre die Frage auf, ob dieses Länder und Volkskraft verwüstende Ringen noch immer kein Ende nehmen solle. . .

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt“, möchte man dem Parteivorstand mit den geflügelten Schillerworten zurufen. Denn mit dem Begehren nach Freiheit für die Kriegszielerörterungen ist natürlich jeder Sozialdemokrat einverstanden. Aber vergessen wir nicht, daß es sich dabei um eine Forderung handelt, für die tatkräftig zu wirken der Vorstand einer Millionenpartei schon längst die elementare Pflicht gehabt hätte. Die Leitung der Sozialdemokratie humpelt kleinlaut als Landsturm aus Krähwinkel hinter den Ereignissen her. Unter den obwaltenden Umständen gemahnt der Aufruf allzusehr an einen kraftlosen „geilen Schöbling“, der bei günstiger Witterung über Nacht an einem vermorschenden Stamm hervorbricht. [Zensurstreichung.] Wir vermischen ferner vor allem in dem Aufruf die sozialistische Begründung. Für die Friedensforderung von Sozialdemokraten darf es nicht maßgebend sein, wie wenig oder viel Friedenssehnsucht bereits im eigenen Lande oder im Ausland lebendig ist. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, ihren Grundsätzen getreu als Weckerin und Ruferin der Massen voranzugehen. [Zensurstreichung.] Der Parteivorstand beruft sich einleitend nicht ohne Grund auf die Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August, eine Erklärung, die nach unserer Überzeugung mit dem Bekenntnis zum Sozialismus unvereinbar ist. Die dort festgelegte Politik hat dem Vorstand ein früheres und ein grundsatzklares Auftreten unmöglich gemacht. [Zensurstreichung.]

Auffallend ist die große Zuversicht, mit der der Parteivorstand auf die Bereitschaft des Reichskanzlers zu Friedensverhandlungen hofft. Jede Partei hat bisher aus den Kundgebungen des Reichskanzlers das herausgelesen, was ihr zusagte. Kein Zufall das! Die Erklärungen des Reichskanzlers geben reichlich Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen. Sonderbar aber mutet es an, daß just die Sozialdemokratie dazu berufen sein sollte, sich als authentischer Interpret deutungsfähiger Regierungsworte aufzuwerfen. Sprächen keine anderen, besseren Gründe gegen die Lorbeeren dieses Amtes, so müßten einige schlichte Worte davor zurückschrecken, hinter denen schlichte, aber fühlbare Tatsachen stehen. Sie heißen: innere Politik des Deutschen Reiches und im besonderen Lebensmittelpolitik.

Der Aufruf des Parteivorstandes fordert zu einer Massenpetition an die Regierung auf. Wir unterschätzen nicht den Wert öffentlicher Eingaben mit Millionen Unterschriften. Allein, in diesem Augenblick und angesichts des Zieles, um das es geht, erscheint eine Petition allein denn doch als kein ausreichendes Mittel für eine Partei, die den Willen zur Macht haben sollte. [Zensurstreichung.] Unsere Grundsätze und Erfahrungen lehren uns, daß dem Proletariat die Erfüllung seiner Forderungen nicht als politisches Manna aus dem Himmel, von oben her, zufällt. Es darf sie nur erwarten, wenn es mit markigen Knochen auf der festgegründeten dauernden Erde einer klaren Geschichtsauffassung steht und mit eigenem tatbereitem Willen den Wolken und Winden vorübergehender Erscheinungen Trotz bietet.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 1. September 1916.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie

Oktober 1916

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie hat vom 21. bis 23. September in Berlin getagt. Wer im In- oder Auslande auf eine Sensation harrte, ist enttäuscht worden. Weder der Parteivorstand noch die Parteiopposition waren gesonnen, der Welt das Schauspiel zu bieten. Vielleicht hatten der Parteivorstand und der mit ihm gehende Teil der Reichstagsfraktion darauf gerechnet, eine erdrückende Mehrheit zur Rechtfertigung ihrer Politik zu erhalten. Und wenn es wahr wäre, daß die Opposition nur aus wenigen Leutchen besteht, wie man so oft glauben machen wollte, so hätte auf der Konferenz die Überzahl der Mehrheit notwendig drastischer zum Ausdruck kommen müssen, als es der Fall gewesen ist. Wir behaupten das angesichts der für die Opposition ungünstigen, undemokratischen Bedingungen, unter denen die Konferenz zustande kam. Sonst pflegen einem Parteitag in allen Organisationen ausgiebige Debatten über die strittigen Punkte voranzugehen, und die Vertreter werden frei gewählt. Die besonderen Verhältnisse der Kriegszeit schlossen das aus und gaben so der Mehrheit, die die Regierungspolitik unterstützt, von vornherein einen beträchtlichen Vorsprung. Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit betrug zahlenmäßig 273 gegen 168 Stimmen. Zieht man aber die Mitglieder der Parteiinstanzen und beider Reichstagsfraktionen hüben und

drüben ab, zählt man nur die gewählten Vertreter der Mitgliedschaften, so steht das Verhältnis wie 3:2.

Doch was beweisen Zahlen? Sie wurden gewonnen bei der Abstimmung über den geschäftsordnungsmäßigen Antrag der Minderheit, der verhindern wollte, daß auf einer unter so ungleichen und undemokratischen Bedingungen zusammengetretenen Konferenz bindende Beschlüsse und offizielle Erklärungen gefaßt würden. Für diesen Antrag stimmten auch eine Reihe Genossen aus der Mehrheit, die in ihrer Politik durchaus auf dem Boden der Kreditbewilligung stehen. Um der Einheit der Partei willen kamen sie der Minderheit in diesem Punkte entgegen.

Aber abgesehen auch davon und obwohl wir Zahlen nicht unterschätzen, liegt die Kraft der Opposition nicht in ihrer Zahl, sondern in der Entschlossenheit und Klarheit ihres grundsätzlichen Standpunktes. Von dem Parteivorstand wurde der Minderheit unter anderem vorgeworfen, sie bestehe in sich wieder aus den abweichendsten und widersprechendsten Schattierungen und Richtungen. Der Parteivorstand hat nicht unrecht. Wir haben in der Opposition die Gruppe um die Zeitschrift „Internationale“, auch Spartakusgruppe genannt, die im Zeitalter des Imperialismus die Pflicht der nationalen Verteidigung für das sozialistische Proletariat ablehnt, dagegen den internationalen proletarischen Kampf um den Frieden als Gebot der Stunde proklamiert. Außerdem gibt es unter den Anhängern der Arbeitsgemeinschaft selbst noch mehrere Spielarten. Dasselbe ist jedoch auch bei der Mehrheit der Fall. Der Parteivorstand lehnt die extrem nationalistische Politik der Genossen Heine, Lensch, Haenisch und anderer ab, eine andere Gruppe geht wieder nicht einmal so weit wie der Parteivorstand. Unterschiede dieser Art gibt es in jeder demokratischen Partei, deren Stoßkraft darunter nicht zu leiden braucht.

Von Bedeutung ist es dagegen, daß die Redner der Arbeitsgemeinschaft in ihrem Kampf gegen rechts gezwungen wurden, ihre Stellung in verschiedenen Fragen schärfer zu umreißen, als das bis jetzt geschehen war. So vor allem in der grundlegenden Frage der Landesverteidigung. Es bestätigte sich, daß mit einem „einerseits“, „andererseits“ nicht mehr auszukommen ist. Die Ausführungen des Genossen Haase, aber auch einiger Debatteredner haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß für sie die Frage ganz anders lautet, als Genosse Scheidemann sie formulierte. Für diesen und die Mehrheit liegt das Problem wie folgt: Die Frage „Wer ist schuld am Kriege?“ scheidet für die Stellungnahme der Sozialdemokratie aus. Die augenblickliche Situation bestimmt allein darüber. Deutschland ist von übermächtigen Feinden bedrängt, eine verheerende Invasion droht den Grenzen. Eine Kreditverweigerung hätte die Macht der Gegner verstärkt, im Innern Verwirrung angerichtet. Unter diesen Umständen geht die Pflicht der Landesverteidigung allen anderen Pflichten vor. Kreditbewilligung ist in diesem Falle keine Vertrauenskundgebung für die Politik der Regierung.

Genosse Haase, als Hauptredner der Minderheit, faßte die Frage anders auf. Für ihn behalten die Ursachen und Anlässe des Krieges ihre grundlegende Wichtigkeit in jedem Augenblick. Die Sozialdemokratie darf einer Regierung die Kredite nicht bewilligen, von der sie überzeugt ist, daß ihre bisherige Politik mitgewirkt hat zur Herbeiführung der Katastrophe. Sie kann das tun, da sie weiß, daß auch in den anderen Staaten nicht nur die kriegerischen Tendenzen des ausdehnungsbedürftigen Imperialismus tätig sind, sondern auch starke Friedenstendenzen, zumal im klassenbewußten Proletariat. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung der deutschen Sozialdemokratie hätte diese Friedenstendenzen belebt und verstärkt und so zur Verkürzung des Krieges beigetragen.

Außerdem führt die Kreditbewilligung mit Naturnotwendigkeit zur Stärkung der inneren Politik der Regierung, ob die Bewilliger das nun wollen oder nicht.

Wenn man die Ausführungen der Hauptredner auf ihre Grundgedanken zurückführt, so wird leicht erkennbar, daß zwei verschiedene Weltanschauungen einander gegenüberstehen, zwei Weltanschauungen, zwischen denen ein Kompromiß unmöglich ist, deren Gegensatz nicht verkleistert werden kann, sondern ausgetragen werden muß. Die Mehrheit und die Minderheit redeten auf der Konferenz zwei verschiedene Sprachen, wobei noch bemerkt werden muß, daß der extreme nationalimperialistische Standpunkt der Genossen des äußersten rechten Flügels nicht einmal in seiner ganzen Schärfe zum Ausdruck gelangt ist.

Für den linken Flügel der Minderheit, für die Gruppe „Internationale“, sprach Genossin Duncker. In kurzen, programmatischen Ausführungen stellte sie jene Punkte heraus, die diese Gruppe nicht nur von der Mehrheit, sondern auch von der Arbeitsgemeinschaft trennen. Es geschah dies nicht aus irgendwelcher Sonderbündelei. Die Gruppe „Internationale“ hat durch ihr Verhalten auf der Konferenz bewiesen, daß es ihr nicht auf „Spaltungsagitation“ ankommt. Schulter an Schulter mit der Arbeitsgemeinschaft stand sie im Kampf gegen den Sozialimperialismus. Wo immer die Arbeitsgemeinschaft sich auf grundsätzlicher Höhe bewegt, kann sie der Unterstützung durch die Spartakusgruppe gewiß sein. Wo immer aber opportunistische Schwächen und ein Mangel an praktischer Konsequenz sich zeigt, da werden sich die „Internationalen“ durch keinerlei Rücksicht zum Schweigen bestimmen lassen. Es genügt der Gruppe nicht, eine Weltanschauung zu besitzen, sie fordert, daß die Weltanschauung auch in die Praxis umgesetzt wird. Noch hat die Arbeitsgemeinschaft ihrer Kreditverweigerung im Parlament keine

grundsätzliche, unzweideutig zugespitzte Erklärung mit auf den Weg gegeben. Noch glaubt die Arbeitsgemeinschaft, man könne zurückkehren zu der „alten, bewährten“ Taktik, die in der Hauptsache rein parlamentarisch orientiert war, man könne die alte Internationale der Instanzen, Konferenzen und Resolutionen wiederaufbauen, eine Internationale, deren Schwerpunkt wie bisher in den einzelnen nationalen Parteiorganisationen und Parlamenten läge. In der Steuerpolitik, in der U-Bootfrage, in der Haltung zur Friedenspetition des Parteivorstandes fehlt es der Arbeitsgemeinschaft an Folgerichtigkeit. Die Gruppe „Internationale“ legt dagegen Gewicht darauf, daß man nicht nur dann und wann in Konferenzen usw. radikal und grundsätzlich spricht, sondern daß man überall, im Parlament wie im Volke, grundsätzlich handelt. Der Unterschied zwischen ihr und der Arbeitsgemeinschaft liegt demnach vor allem in einer größeren programmatischen Klarheit, in der stärkeren Betonung der praktischen Konsequenzen, die sich aus den Grundsätzen ergeben, und endlich in Fragen der anzuwendenden Taktik. Das trat auch auf der Konferenz zutage. In ihrem Schlußwort gab Genossin Duncker eine Erklärung der Gruppe „Internationale“ zu Protokoll, die in gutgegliederten und gedrängten Leitsätzen die grundsätzliche Stellungnahme des sogenannten Linksradikalismus präzisiert. Wie Genosse Stadthagen in der Debatte, erhob auch sie im Namen ihrer Gruppe scharfen Protest gegen eine Sympathieerklärung für die Person Liebknichts, die, von Anhängern der Mehrheit eingebracht, ausdrücklich von seiner Politik abrückt. Die Politik der Mehrheit und das gehässige Vorgehen einiger ihrer Mitglieder gegen Liebknicht nehmen ihr jedes Recht, solche Sympathieerklärungen zu veröffentlichen.

An der Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen hat sich die Minderheit geschlossen nicht be-

teilt. Es war das der eindrucksvollste Protest dagegen, daß die Konferenz durch Beschlußfassungen ihre Kompetenzen überschritt. Es liegt auf der Hand, daß die Beschlüsse dieser Konferenz ebensowenig formell als moralisch bindende Kraft beanspruchen können. Sie sind nichts als eine Zählprobe der Mehrheit und nicht einmal eine richtige Zählprobe des Kräfteverhältnisses der ringenden Gegensätze. Die Stimmenthaltung brachte ferner mehr zum Ausdruck als allein den Protest gegen die undemokratische Anmaßung der Mehrheit: nämlich die Überzeugung, daß heute weniger als je mit Beschlüssen und Erklärungen gedient ist. In der „Welt am Montag“ hat Hans Leuß die Auseinandersetzungen auf der Konferenz mit dem französischen Witzwort „Deutsche Querelen“ tituliert. Er sieht in der Opposition nur das Wiedererwachen der „revolutionären Phrase“. „Nicht durch Reden, nur durch Tatsachen wird entschieden, so oder so“, heißt es. Er, der selbst auf dem Boden eines demokratischen Imperialismus steht, nennt der Opposition als warnendes Beispiel die bürgerlichen Revolutionäre von 1848 und mahnt, Respekt vor den Tatsachen zu haben, wenn man selbst Tatsachen schaffen wolle. Hans Leuß versteht die Tatsachen in seinem Sinne, aber in dem einen hat er recht. Er meint, die internationale Sozialdemokratie könne nur dann dem Krieg ein Ende machen, wenn alle europäischen Sozialdemokraten es mit Einsatz ihres ganzen Willens bis zum Opfer des eigenen Lebens wollten.

Die Bedeutung der Konferenz liegt nicht in ihren Beschlüssen und nicht in dem „Manifest zur Friedensfrage“. Alle diese Dinge hat die Mehrheit unter sich beschlossen. Von Bedeutung ist der Beweis für das Erstarken der Opposition, das manchen Politikern gewiß unerwartet und unerwünscht ist. Nicht nur zahlenmäßig, auch an grundsätzlicher Klarheit, an Energie ist die Opposition gewachsen. Für die sozialistische internationale Friedensbewegung wird das in allen Ländern ein

kräftiger Ansporn sein. Denn nur diese Bewegung kann die Welt einem Frieden näher bringen, wie ihn die Massen des arbeitenden Volkes brauchen. Immer freilich unter der Voraussetzung, daß die Opposition ihre Kräfte nicht in bloßen Erklärungen verpufft, sondern in energischer, opfervoller Arbeit ohne Sucht nach Kompromissen und vorübergehenden Tageserfolgen gewissenhaft anwendet.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 13. Oktober 1916.

Die Konferenz der Parteiopposition

Februar 1917

In Berlin hat am 7. Januar eine Konferenz der Parteiopposition getagt, die mit den gegensätzlichsten Empfindungen und Auffassungen begrüßt und gewertet worden ist. Ein Spiegelbild der Gegensätze, deren Entwicklung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, der sozialistischen Parteien der ganzen Welt in den Zeiten des imperialistischen Weltkrieges wie in Treibhaushitze rasch vorangeschritten ist.

Die Tagung war von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufen worden und hat alle Gruppen der Opposition gegen die Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes vereinigt. Die Anhänger dieser Politik – an ihrer Spitze das Organ des Parteivorstandes – hatten die Zusammenkunft von vornherein in Acht und Bann erklärt und als das Werk von „Parteizerrüttern“ und „Parteizerstörern“, von Herostraten der Arbeiterbewegung, gebrandmarkt, die lediglich von Krakeelsucht und Positionshunger bewegt werden. Hätte es noch des Beweises bedurft, wie grundfalsch diese Meinung ist, so wäre er durch den Charakter und den Verlauf der Konferenz gegeben worden. Denn gerade die Sorge um die Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie, des Klassen- und Emanzipationskampfes des Proletariats hat die Tagung von der ersten bis zur letzten Minute getragen und beherrscht. Sie ist es gewesen, die trotz

scharfer Meinungsgegensätze die verschiedenen Richtungen der Parteioption zu gemeinsamen Verhandlungen zusammengeführt und in der Auffassung vereinigt hat, bei dem unvermeidlichen Getrenntmarschieren von Fall zu Fall vereint zu schlagen.

Wenn diese Sorge die Tagenden und den hinter ihnen stehenden Teil der Parteigenossenschaft in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Vertretern der sogenannten Mehrheitspolitik zeigt, so ist das in der Natur dieser Politik und ihren Folgen begründet. Aufhören, die Politik der Fraktionsmehrheit zu bekämpfen, das würde für die Parteioption nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als auf ihre sozialistische Überzeugung zu verzichten, die Grundsätze preiszugeben, die all die Jahre hindurch Kern und Stern der politischen Betätigung gewesen sind.

Um was es in den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie geht und für die Konferenz ging, das ist denn doch ein anderes als „die üblen Reste eines aufgeregten Meinungsstreites und die Quisquilien des Kampfes der Parteikompetenzen“, wie der „Vorwärts“ sich so schön wie tief-sinnig ausgedrückt hat. Es ist – mit den sozialistischen Grundsätzen – der Sozialismus selbst, der durch die Politik des 4. August dem Nationalismus geopfert wird, und zu dem die proletarischen Massen zurückzuführen das Ziel des Gärungs- und Klärungsprozesses ist, der sich in der Parteioption äußert. So mußte es zur Konferenz der Opponierenden kommen – früher oder später.

Wie die Dinge liegen, trat auf der Tagung jedoch der Kampf um das hohe Ziel der Parteioption zurück hinter den Auseinandersetzungen um Mittel und Wege, in der Partei die Meinungs- und Bewegungsfreiheit zu erringen, die es ermöglicht, Überzeugungsgegensätze auszufechten, dem Ziel zu dienen. Der Parteivorstand braucht und mißbraucht die ihm zur Ver-

fügung stehenden Machtmittel, um die „Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzulegen und sie dieser Politik dienstbar zu machen. Den wachsenden Widerspruch versucht er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verletzung des Organisationsstatuts niederzuhalten“. Der Kampf gegen diese Gewaltmaßregeln des Parteivorstandes bildete in der Folge den Mittelpunkt der Verhandlungen.

Genossen Haases einleitendes Referat enthielt in der Hauptsache eine wuchtige, scharfe Abrechnung mit dem Verhalten des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit. Mit Recht hob Haase dabei hervor, daß die von der Regierung aufgerollte Friedensfrage die Gegensätze in der Partei noch mehr zugespitzt habe. Die Mehrheitsfraktion habe sich dabei durchaus als Werkzeug Bethmann Hollwegs behandeln lassen, der nicht daran denke, die Friedensziele der Sozialdemokratie zu vertreten. Es sei nicht nur Recht, sondern Pflicht der auf dem Boden der Opposition stehenden Parteigenossen, sich im Rahmen des Parteistatuts zusammenzuschließen, nicht isoliert zu bleiben. Die Massen müßten für die Opposition gewonnen werden. Die Arbeiterbewegung könne nur als Massenbewegung existieren, die nicht zum alten Tradeunionismus hinabsinken dürfe, sondern erfüllt sein müsse von sozialdemokratischem Geist.

Genosse Lipinski zog die praktischen Schlußfolgerungen der Verhältnisse für den Zusammenschluß, das planmäßige Zusammenwirken der Opposition im Rahmen der Partei. Er verwarf die Beitragssperre, die praktisch keinen Erfolg verspreche, die Macht des Parteivorstandes nicht berühre, ihm aber ein formelles Recht gebe, gegen die Organisationen vorzugehen. Auch wir vermögen der Beitragssperre nicht die überragende Bedeutung beizumessen, die ihr ein Teil der äußersten Linken zuerkennt, deren grundsätzlicher Auffassung wir im allgemeinen zustimmen. Die Beitragssperre ist nur eine Zweck-

mäßigkeitsfrage, als solche kühl und nüchtern zu erwägen und – wie uns scheint – zu verneinen. Die Arbeitsgemeinschaft hatte zur Organisation der Opposition eine Resolution eingebracht, die die Gedankengänge der beiden Referenten zusammenfaßte. Eine Sammlung der Opposition auf dieser Grundlage oder einer anderen war jedoch zur Zeit unmöglich. Es fehlte die wichtigste Voraussetzung dafür: die Auseinandersetzung und Verständigung über die grundsätzlichen Fragen, um deren Klärung die Opposition ringt.

Gewiß: Die Arbeitsgemeinschaft hat sich seit dem ersten Nein gegen die Kriegskredite und seiner recht opportunistischen Begründung entschieden weiter nach links entwickelt. Der überwältigende Anschauungsunterricht der Tatsachen und die Kritik der äußersten Linken haben ihre vorwärtstreibende Wirkung nicht verfehlt. Aber die Fraktion hat sich noch nicht allen vom Kriege aufgeworfenen Erscheinungen und Fragen gegenüber stets mit der nötigen Schärfe und Festigkeit auf den Boden des internationalen Sozialismus gestellt; noch ist ihr grundsätzliches Bekenntnis hier und da unklar und kompromisselnd, ihr taktisches Verhalten schüchtern und zaghaft, es welkt unter dem Reif einer Überschätzung des Parlamentarismus; noch läßt sie sich durch hundert Rück-, Vor- und Nachsichten daran hindern, jederzeit unzweideutig auszusprechen, was ist, und handelnd die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Deshalb stellten die Vertreter der Genossinnen und Genossen, die auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale“ stehen, eine eigene Resolution derjenigen der Arbeitsgemeinschaft entgegen. Ihr Wortführer mußte mit Recht erklären, daß die äußerste Linke mit der Arbeitsgemeinschaft nicht durch dick und dünn gehen könne. Ein Bündnis mit ihr stoße schon von vornherein auf die Schwierigkeit, daß die Fraktion keinen einheitlichen Standpunkt habe. Das zeige sich zumal

bei der Frage der Landesverteidigung. Seine Freunde halten dazu nach wie vor die Grundsätze fest, die Genossin Duncker auf der Reichskonferenz dargelegt hat. Sie treten trotz der Befürwortung der Beitragssperre nicht für die Spaltung der Partei ein, denn unter dem Belagerungszustand betrachten sie die Organisation als das gegebene Feld des Klassenkampfes. Es gelte, die Partei auf andere Wege zu bringen, damit sie schlagkräftiger werde, als sie sich am 4. August 1914 erwiesen habe. Auch Genosse Julian Borchardt wendete sich im Namen der Internationalen Sozialisten Deutschlands gegen die Auffassung und Haltung der Arbeitsgemeinschaft und empfahl die Beitragssperre.

So konnte es zu keiner einheitlichen Beschlußfassung über die Wege zur Organisierung der Opposition kommen. Die Meinungsgegensätze traten erneut zutage bei der Stellungnahme zu der von Genossen Kautsky eingebrachten und begründeten Friedenskundgebung. So hoch die äußerste Linke der Opposition die sozialistische Friedensaktion wertet, ja gerade weil sie sie unter den gegebenen Umständen als geschichtliche Kraft so hoch wertet, mußte es ihren Vertretern eine Gewissenspflicht sein, dieser Kundgebung ihre Stimme zu versagen. Sie ist ein typisches Beispiel der Mängel, die wir weiter oben gekennzeichnet haben, und läßt die programmatische grundsätzliche Schärfe vermissen, die sie unter den gegebenen Verhältnissen als Überzeugungs- und Willensausdruck der Konferenz haben müßte.

So wenig wie den Schimpf verdient die Konferenz den billigen Spott und Hohn, mit dem sie von der Presse der Mehrheitspolitiker überschüttet worden ist. Ein Spott und Hohn, der an die Lieder erinnert, mit denen die Kinder sich im Dunklen Mut anzusingen pflegen. Gewiß, die Opposition ist gespalten und gespalten geblieben. Aber wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Ist etwa die Führer- und

Gefolgschaft der Politiker des 4. August einheitlich und fest geschlossen, sie, die von den Fanatikern des Umlernens wie Lensch und Haenisch bis zu den „schwankenden Gestalten“ reicht, die in den Fraktionssitzungen „nein“ sagen, sich aber in der Öffentlichkeit „lößlich unterwerfen“? Gewiß, noch ist es zu keinem dauernden Schutz- und Trutzbündnis zwischen den verschiedenen Gruppen der Opposition gekommen. Der Selbstbesinnungsprozeß im Lager der Sozialdemokratie kann nicht das Werk eines Tages sein. Es bedarf der Zeit, in der gesichtet, gewogen, gelernt werden muß, der Zeit, um alte Irrtümer gegen neue Erkenntnisse auszutauschen.

Die Konferenz hat beleuchtet, daß der Selbstbesinnungsprozeß voranschreitet. Die Rechte der Opposition beginnt die Scheu vor ihrem eigenen Vorgehen, ihrem eigenen Mute zu verlieren. Sie entschuldigt sich nicht mehr, sie klagt an, sie weicht nicht mehr aus, sie stellt sich zum Kampfe. Offener, unverklausulierter als bisher hat sie ausgesprochen, was ist. Sie ist innerlich und äußerlich der äußersten Linken nähergekommen, und auch ohne Beschlüsse wird bei einigem gutem Willen von hüben und drüben, ohne Hinopferung grundsätzlicher Überzeugung, ein nötiges Zusammenwirken von Fall zu Fall möglich sein. Die Konferenz hat ihm vorgearbeitet, und die bei aller Schärfe streng sachlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen lassen es hoffen.

Würde übrigens die Zusammenkunft der Opposition tatsächlich das lächerliche Hornberger Schießen sein, als das sie manche Mehrheitspolitiker gern behandeln möchten, so wäre das wilde Geschrei ganz unverständlich, mit dem einige Parteiblätter vom Parteivorstand den Bütteldienst fordern, die Oppositionellen oder wenigstens die Teilnehmer der Tagung aus der Partei hinauszuerwerfen. Ein Ansinnen, das, von dem rein formalen Rechtsstandpunkt abgesehen, zweimal überlegt sein will. Die Konferenz hat das Anwachsen, die Stärke der Oppo-

sition gezeigt. 157 Genossen und Genossinnen nahmen an ihr teil, außer den 18 Reichstagsabgeordneten der Arbeitsgemeinschaft 139 Delegierte; vertreten waren 72 Wahlkreise, und nicht wenige andere hatten aus Mangel an Mitteln von einer Beschickung abgesehen. Wenn die Führer der Mehrheitspolitik ein Tänzchen wagen wollen, die Opposition ist bereit. Nach der Konferenz kann es für sie kein Zurück mehr geben, nur ein Vorwärts.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 2. Februar 1917.

Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie

Aus einem Artikel

April 1917

Während die gewaltige Volkstat der russischen Revolution die Welt in Atem hält und sowohl das Toben des Weltkrieges als auch die amerikanische und chinesische Frage zeitweilig in den Hintergrund drängt, geht innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der Prozeß der Klärung und Selbstbesinnung seinen durch die Verhältnisse gewiesenen Weg. Während die russische Sozialdemokratie sich plötzlich als gesunder Riese emporreckt, die Fesseln des Zarismus sprengt und als politische Macht handelt, windet sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Krämpfen einer schweren innerlichen Erneuerung und Wiedergeburt. Die ersten Wehen sind bereits vorüber. Die Gewaltakte des Parteivorstandes haben den Klärungsprozeß beschleunigt, wir stehen nun vor dem selbständigen organisatorischen Zusammenschluß der ihrer Parteirechte beraubten Oppositionellen. Die Sozialimperialisten haben es so weit gebracht, daß kein anderer Ausweg übriggeblieben ist. Wie die opponierenden Reichstagsabgeordneten seinerzeit gezwungen wurden, in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine eigene Fraktion zu bilden, um sich die Selbständigkeit und den sozialistischen Charakter ihres Handelns zu wahren, so jetzt die vom Parteivorstand und seinen Anhängern rechtswidrig gemäßregelten Mitglieder und Mitgliedschaften.

Es ist selbstverständlich, daß die in Gotha zu Ostern zusammentretende Konferenz der Oppositionellen keine homogene Masse zeigen wird, daß vielmehr sehr starke Gegensätze, zumal taktischer Natur, aufeinanderplatzen werden. Allein, das ist nicht entscheidend. Was jetzt im Vordergrund steht, ist die Notwendigkeit, die bisher zerstreuten und losen Elemente der Opposition zu einem aktionsfähigen politischen Körper zusammenzufügen. Voraussetzung dafür ist, daß der organisatorische Rahmen zugleich fest und elastisch genug ist, um starke Meinungsgegensätze in sich aufzunehmen, und daß trotzdem eine wirklich aktive Macht geschaffen wird. Das ist nur möglich, wenn in der neuen Organisation die bürokratische Verknöcherung vermieden wird, die der alten Partei zum Unheil gereicht hat. Die schwierigen Zeitverhältnisse verlangen eine straffe Zentralisation. Dem vorgesehenen Aktionskomitee müssen daher weitgehende Befugnisse zuerkannt werden. Denn es wird oft genug nicht an Augenblicken fehlen, die ein sicheres, vor allem rasches Handeln fordern. Langes Beraten und Zögern ist im politischen Leben oft schlimmer als ein ehrlicher Mißgriff. Trotzdem muß Vorsorge getroffen werden, daß die Zentralleitung sich ihrer demokratischen Verantwortlichkeit stets bewußt bleibt, und zwar nicht bloß irgendeiner Vertreterversammlung gegenüber, sondern unmittelbar den Mitgliedschaften selbst. Es darf nicht wieder vorkommen, daß eine Parteibürokratie den Mitgliedschaften die Politik aufzwingt.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, erscheinen die „Grundlinien“ der zu schaffenden Organisation, die in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht worden sind, allzu sehr ein bloßer Abklatsch der bisherigen Parteistatuten. Sogar etwas Ähnliches wie der Parteiausschuß erlebt wieder seine fröhliche Urständ. Man sollte aus Vergangenheit und Gegenwart gelernt haben, daß nicht Kontrollinstanzen und Ver-

treterkonferenzen die volle Demokratie in der Partei sichern. Das tut vielmehr nur die aktive Beteiligung der Mitgliedschaften selbst am Leben und Weben der Partei. Durch ihre ganze Haltung, ihre rege Teilnahme an allen politischen Fragen, in wichtigen Fällen durch das Mittel des Referendums, müssen diese fort und fort die Instanzen zwingen, in ihrem Sinn und gemäß ihrem Willen zu handeln. Für die einzelne Aktion muß dem Aktionskomitee sicherlich die weiteste Vollmacht gewährt sein. Daß aber diese Aktion im Sinne der Mitgliedschaften ausfällt, dafür müssen die Mitglieder selbst sorgen, und zwar schon vorher durch ihr eifersüchtiges Wachen über die volle Wahrung der Grundsätze, durch den Geist der Demokratie, den sie in sich tragen. Nicht eine nachträgliche Kritik und ein nachträgliches Aburteilen der Instanzen genügt. Auch dafür muß unbedingt gesorgt sein, daß etwaige Minderheiten ihrer Stärke entsprechend zur Geltung kommen.

Was die Frauenbewegung anbelangt, gehen die „Grundlinien“ nicht über die alten schematischen Muster hinaus. Als ob der Grundsatz gleicher Wertung und gleichen Rechts, als ob die besonderen Interessen und Ansprüche der proletarischen Frauen dadurch gewahrt würden, daß diese schablonenhaft den Genossen gleichgestellt werden und außerdem eine obligatorische Vertreterin in den Bezirksleitungen wie im Vorstand erhalten! Das gesunde Fortschreiten der proletarischen Frauenbewegung wird nicht genügend durch eine bloß äußerliche, mechanische Gleichberechtigung der Genossinnen gefördert und gesichert. Sie bedarf besonderer Maßnahmen und Einrichtungen, die bei allem Festhalten an der Einheit und Gemeinsamkeit der proletarischen Gesamtbewegung der Sonderstellung der Frau, ihren Interessen und Bedürfnissen, ihrer Entwicklung Rechnung tragen müssen. Seien wir eingedenk, daß wir in einer Zeit der gewaltigsten Umwälzung leben, die je auf dem Gebiet der Frauenarbeit stattgefunden hat, in einer

Zeit, die die gesamte wirtschaftliche und soziale Stellung des Weibes rasch wandelt. Fortwährend strömen neue Massen bäuerlicher und kleinbürgerlicher Frauen dem gewaltigen Sammelbecken der proletarischen Erwerbsarbeit zu. Diese Frauen bringen die Geistes- und Charakterbildung ihrer Vergangenheit mit. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen des Proletariats wird außerordentlich groß sein. Und das unter Verhältnissen, die von der beschleunigten und verstärkten Konzentration des Kapitals, der Vertrustung der kapitalistischen Unternehmungen geprägt werden. Tausende, zumal aber junge Mädchen, verlieren in der neuen Welt ihren Halt, jeden festen Boden unter den Füßen. Es treten mit alledem Aufgaben an die Partei heran, an deren Lösung zu arbeiten in erster Linie die Genossinnen berufen sind. Aber dazu bedürfen diese innerhalb der Partei einer gewissen Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit wie auch reifer und tiefer Schulung. Was die letztere Forderung anbelangt, so ist sie für einen Teil der Genossinnen erfüllt. Das beweist ihre grundsatztreue Haltung in den Stürmen des Weltkrieges und den inneren Parteiwirren. Aber ist es über den Kreis der geschulten Genossinnen hinaus nicht häufig nur der gesunde, unverdorbene proletarische Klasseninstinkt, der die Stellungnahme der Genossinnen bedingt? Gibt es nicht noch viel zu viele, denen das klare Bewußtsein durch gute politische Schulung mangelt? Sind nicht viele noch eine lenksame Gefolgschaft unter männlicher Führung? Nicht wenige organisierte Frauen müssen erst zu innerlich, geistig vollwertigen Parteimitgliedern erzogen werden, müssen lernen, sich als politisch Mündige zu bewegen. Darum ist es notwendig, daß die Genossinnen sich zur Zeit noch eine gewisse Selbständigkeit und Aktionsfreiheit innerhalb des allgemeinen Organisationsrahmens wahren. Besondere Frauenagitationsausschüsse müssen die Gewinnung und Schulung der weiblichen Mitglieder in die

Hand nehmen, und solche Ausschüsse müssen für jeden Ort wie für jeden größeren Agitationsbezirk geschaffen werden, wie auch ein Reichsausschuß der Parteileitung zur Seite zu stehen hat.

In den einleitenden Worten zu den „Grundlinien“ vermissen wir ferner das ausdrückliche Bekenntnis nicht nur zu den Resolutionen der alten internationalen Kongresse, sondern auch zu den Beschlüssen von Zimmerwald und Kiental. Die Weiterbildung des sozialdemokratischen Parteiprogramms gemäß den neugewonnenen Erkenntnissen kann unmöglich ruhen, bis es den Machthabern von heute gefällt, einen Frieden zu schließen. Schon jetzt muß vor allem Stellung genommen werden zu der Frage der neuen Internationale, zu ihren Aufgaben und Befugnissen. Kurz, die „Grundlinien“ drängen wichtige Fragen auf, deren kritische Erörterung und Klärung nicht umgangen werden darf, wenn die Konferenz die Grundlage eines wirklich demokratischen Parteibaus schaffen will...

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 13. April 1917.

An die Konferenz
der sozialdemokratischen Opposition zu Gotha

April 1917

Werte Genossen und Genossinnen!

Eure Konferenz steht im Flammenzeichen der gewaltigen Volkstat in Rußland, einer Volkstat, deren glühende, treibende Seele das junge Proletariat unter Führung einer Sozialdemokratie ist, die auch in den Kriegstagen den Massen das Banner des internationalen Sozialismus unbefleckt vorangetragen hat. Ich hoffe, ich wünsche: daß Eure Beratungen und Beschlüsse dieses erhebenden Zeitereignisses würdig seien! Lernen wir von der größten geschichtlichen Lehrmeisterin aller Völker und Zeiten, der Revolution. Eure Konferenz muß der Auftakt eines Handelns sein, das weder Zugeständnisse noch Zaudern kennt.

Ich brauche Euch nicht zu versichern, wie schwer das Muß mir ist, daß ich nicht aktiv eingreifend mit Euch sein kann. Aber soweit meine Kräfte reichen, werdet Ihr mich an Eurer Seite finden, wenn Ihr mit grundsätzlicher Klarheit und Schärfe und mit entschiedener Taktik vorwärtsgeht, vom Geist des internationalen Sozialismus erfüllt. Die einige geschlossene Sozialdemokratie der Zukunft wird in Bekenntnis und Tat revolutionär und international sein, oder sie wird nicht sein. Sorgt dafür, daß die großen kommenden Stunden ein großes Geschlecht finden: Massen, die aktiv voranstürmen, und Führer, die mit ihnen sind.

Euren Arbeiten und Entscheidungen wünsche ich von Herzen vollen Erfolg.

Hoch der internationale Sozialismus!

Clara Zetkin

„Protokoll über die Verhandlungen des
Gründungs-Parteitages der USPD vom
6. bis 8. April 1917 in Gotha.
Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame
Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der
Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin“,
Berlin 1921, S. 50.

An die sozialistischen Frauen aller Länder!

Juni 1917

Der unvermeidliche Klärungsprozeß innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat außer anderen üblen, schmerzlichen Begleiterscheinungen auch bewirkt, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei mir die Redaktion der „Gleichheit“ entzogen hat, die ich im 27. Jahrgang leitete. Der wahre Grund seiner Maßregel ist die grundsätzliche Haltung der Zeitschrift. Sie der Auffassung der sozialdemokratischen Mehrheitler anzupassen, Kriegskreditbewilligung und burgfriedliche Regierungspolitik der Sozialdemokratie gutzuheißen, ja, als geschichtliche Großtat zu preisen, das dünkte mir ein Verrat an den Forderungen des internationalen Sozialismus. Zu dieser Politik zu schweigen, wäre unwürdige Feigheit gewesen.

Denn die Aufgabe, die Existenzberechtigung der „Gleichheit“ war es, den Zielen des internationalen Sozialismus zu dienen. Sie sollte die Frauen des arbeitenden Volkes mit der tatgebärenden Erkenntnis erfüllen, daß nur der Sozialismus der Heiland, der große weltgeschichtliche Erretter ist, der allen volles, freies Menschentum verbürgt. Sie sollte dazu beitragen, dem Sozialismus die reichen Springquellen geistiger und sittlicher Werte dienstbar zu machen, die in den breitesten Frauenmassen heute oft unterirdisch rauschen, ungekannt und ungenützt. Damit war die Verpflichtung gegeben, auch die auftauchenden Zeit- und Streitfragen an den Ideen und Idealen

des internationalen Sozialismus zu messen, unbekümmert um Tagesmeinungen, ohne Geizen nach Beifall, ohne Scheu vor Tadel, furchtlos und treu angesichts von Haß und Gefahren. Ich habe meine Kraft darangesetzt, dieser Verpflichtung in der „Gleichheit“ gerecht zu werden. Auch in den schweren Zeiten, die der Weltkrieg für die Sozialdemokratie, das Proletariat allerwärts gebracht hat, ja, gerade erst recht in diesen Zeiten, wo es scheint, daß der Imperialismus die Wirkung des Turmbaus zu Babel auf die Sozialisten, die Proletarier aller Länder ausgeübt hat. Meine Maßregelung ist die Folge dieser meiner betätigten Überzeugung.

Die Umgestaltung der „Gleichheit“ ist nicht bloß eine Angelegenheit der deutschen Genossinnen, sie berührt vielmehr die Interessen der organisierten Sozialistinnen aller Länder. „Die Gleichheit“ war das geistig führende und verknüpfende Organ der Sozialistischen Fraueninternationale. So hatten es die Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen zu Stuttgart und Kopenhagen beschlossen. Für ihren Beschluß ist aber keineswegs der Umstand bestimmend gewesen, daß „Die Gleichheit“ als ein Organ unter vielen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erschien und daß der Vorstand dieser Partei als ihr Vertreter und Geschäftsführer nach bürgerlichem Eigentumsrecht Besitzer, nach Parteirecht Aufsichtsinstanz der Zeitschrift war. Ausschlaggebend war die internationale Verbreitung und das internationale Ansehen der „Gleichheit“, war das Vertrauen, das die Genossinnen aller Länder ihr schenkten, weil das Blatt sich bemühte, den oben angeführten Grundsätzen entsprechend, die verschiedenen Seiten der Frauenfrage in ihren allgemeinen sozialen und geschichtlichen Zusammenhängen im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfassen und darzustellen. Ausschlaggebend war, daß „Die Gleichheit“ von mir geleitet wurde, der Internationalen Sekretärin, die das Blatt in Übereinstimmung mit den Richtlinien und Be-

schlüssen unserer internationalen Frauenkonferenzen und der großen allgemeinen internationalen Sozialistenkongresse redigierte, die durch langjähriges Studium und Zusammenarbeiten mit den führenden Genossinnen aller Länder einen Überblick über die gesamte sozialistische Frauenbewegung hatte, in deren Händen die verbindenden Fäden von überallher zusammenliefen, die aufklärenden Berichte, die vorwärtstreibenden Anregungen sich sammelten.

Die sachlichen und persönlichen Vorbedingungen für das internationale Organ der sozialistischen Frauen können aber nicht auf Befehl des sozialdemokratischen Parteivorstandes von einer Redaktion auf die andere übertragen werden wie der Name der „Gleichheit“ auf ein Blatt, das ihr wesensfremd ist. Die „gereinigte“ „Gleichheit“ kann nicht das Organ der Sozialistischen Fraueninternationale sein. Sie ist für diese nicht mehr wie jedes andre Blatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, eines ihrer Organe unter vielen. Die Genossinnen aller Länder stehen zu ihr in keinem anderen Verhältnis als zu den übrigen Blättern dieser Partei, nicht aber in einem besonderen Vertrauensverhältnis. Das um so weniger, als „Die Gleichheit“ fortan im Gegensatz zu ihrer früheren grundsätzlichen Haltung geleitet werden soll.

Die Berichte, Beiträge usw. der Genossinnen der einzelnen Länder sind infolge dieser Situation nach wie vor an mich als die Internationale Sekretärin zu senden. Für ihre Veröffentlichung und Verbreitung zu sorgen, ist auch weiterhin meine selbstverständliche Pflicht. Die Sozialistische Fraueninternationale ist trotz meiner Maßregelung in der sozialistischen Presse nicht obdachlos geworden. Ein Ersatzblatt für die „alte“ „Gleichheit“ wird demnächst erscheinen. Die Vorbereitungen dafür stehen vor ihrem Abschluß. Davon abgesehen, wird es den Tagesblättern der Unabhängigen Sozialistischen Partei eine selbstverständliche Pflicht und eine Ehre sein, zu ver-

öffentlichen, was die Internationale Sekretärin ihnen einsendet. Ich werde Vorsorge treffen, daß diese Veröffentlichungen den korrespondierenden Genossinnen aller Länder regelmäßig zugehen. Besondere Zirkulare, Mitteilungen usw. meinerseits werden Berichte und Anregungen vermitteln und den Gedankenaustausch der Genossinnen, ihre Beziehungen zueinander lebendig erhalten.

Ich hoffe, daß unsere ausländischen Genossinnen mit dieser vorläufigen Regelung der Frage einverstanden sein werden, bis eine internationale Frauenkonferenz sie endgültig entscheidet. Ich vertraue darauf, daß sie Treue für Treue halten und einmütig zu den Grundsätzen stehen, für deren konsequente Verteidigung die „alte“ „Gleichheit“ gefallen ist. Wir Frauen, die wir im internationalen Sozialismus das Land der Sehnsucht für unsere Seelen gefunden haben, das Menschheitsvaterland nachwachsender, freier Geschlechter, wir Frauen dürfen kein Paktieren mit grundsatzloser Halbheit und Schwäche kennen. Unser Platz ist dort, wo das reine rote Banner weht. Die „alte“ „Gleichheit“ ist tot. Es lebt der internationale Sozialismus. In seinem Zeichen grüße ich die sozialistischen Frauen aller Länder!

Clara Zetkin, Internationale Sekretärin

„Leipziger Volkszeitung“
vom 19. Juni 1917.

Abschied von der „Gleichheit“

Juni 1917

Unsere Frauenbeilage glaubten wir bei unseren Leserinnen nicht besser einführen zu können als mit dem nachstehenden Abschiedswort Clara Zetkins von der „Gleichheit“, um das wir sie gebeten haben.

Die Genossinnen wissen aus der Tagespresse, was sich ereignet hat. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mir von heute auf morgen den Wirkungskreis als Redakteurin der „Gleichheit“ entzogen, den ich länger als ein Vierteljahrhundert verwaltet habe. Das Warum ist bekannt. Auf dem Grunde der organisatorischen Formfragen, mit denen der Vorstand sein Vorgehen zu rechtfertigen sucht, liegt als Kern meiner Maßregelung der unüberbrückbare Gegensatz in der grundsätzlichen Überzeugung von dem, was seit Kriegsausbruch Pflicht und Ehre den Bekennern des internationalen Sozialismus gebieten. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hätte nach berühmten Mustern einfach und ehrlich erklären sollen: „Die ganze Richtung paßt mir nicht.“

Es würde ein müßiges Beginnen sein, wollte ich mich über Recht oder Unrecht der Maßregelung mit Leuten auseinandersetzen, die meine sozialistische Sprache so wenig verstehen, wie ich mir ihr nationalistisches Reden zu eigen zu machen vermag. Da steht Weltanschauung gegen Weltanschauung und die darin wurzelnde Überzeugung von pflichtgemäßer Lebensbetätigung.

Die Umwandlung der „Gleichheit“ aus einer freien Dienerin des internationalen Sozialismus in die gehorsame Magd der Vorstandspolitik stand drohend am Horizont von dem Augenblick an, wo es sich herausgestellt hatte, daß die Massen der Parteigenossenschaft zu unklar, schwach und willenlos, zu wenig in der Tiefe ihres Wesens vom internationalen Sozialismus erfaßt waren, um sich zielsicher, mutig und opferbereit der Politik der Umlerner entgegenzustemmen. Sie wurde Tat in dem anderen Augenblick, wo es sich erwies, daß in dem unaufhaltsamen Prozeß der sozialistischen Selbstbesinnung und Selbstverständigung des Proletariats die Opposition gegen die Vorstands- und Fraktionspolitik an Zielklarheit und Kraft gewann und unter dem Gebot der Notwehr sich organisatorisch zusammenschließen begann. Die Austreibung der Redaktion und der von ihr vertretenen Auffassung aus der „Gleichheit“ ist ein Glied der Kette, die das deutsche Proletariat an den Wagen der Scheidemann und Genossen fesseln soll.

Ich erkläre mich schuldig, daß „Die Gleichheit“ sich vom ersten Augenblick an, wo die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Grundsätze des Sozialismus als hinderlichen Ballast über Bord warf, in bewußten Gegensatz zu der entsprechenden „Neuorientierung“ gestellt hat. Ich erkläre mich schuldig, daß „Die Gleichheit“ die Mehrheitspolitik mit steigender Schärfe kritisiert und bekämpft hat – soweit Schärfe des geistigen Kampfes unter den heutigen Zuständen möglich ist –, je mehr meiner Überzeugung nach diese Politik von dem granitnen Felsen der sozialistischen Grundsätze abirrte und sich zwischen den wandelnden Dünen bürgerlicher Auffassungen verlor; je offensichtlicher mit der Dauer des Krieges die Mehrheitspolitik die Sozialdemokratie innerlich und äußerlich zerrüttete, ihren kostbaren geistig-sittlichen Inhalt zum Spielball der Wolken und Winde des Kriegsgeschehens machte, ihren festgefügtten Bau in Trümmer schlug; je verhängnis-

voller die Mehrheitspolitik dem Erkennen, Wollen und Handeln des arbeitenden Volkes wurde. Denn mit all dem wirkte die Mehrheitspolitik kriegverlängernd und verdrängte das gemeinsame Ringen der Proletarier aller Länder für den Triumph des Sozialismus durch den Kampf der Proletarier aller Länder gegeneinander für einzelstaatliche Weltmachtziele des internationalen Kapitalismus. Ich erkläre mich schuldig, daß „Die Gleichheit“ mit Zorn und Verachtung die Gewaltmaßregeln gebrandmarkt hat, die die sozialdemokratischen Mehrheitler an Stelle von überzeugenden, durchschlagenden Gründen gegen die Opposition einsetzten.

Würde ich anders gehandelt haben, so hätte ich meine Grundsätze als internationale Sozialistin verleugnen, meiner Vergangenheit, meinem Lebenswerk, meinem Wesen ins Gesicht schlagen müssen. Ich wäre mir unwürdig des Namens Sozialistin erschienen, unwürdig des Vertrauens breiter proletarischer Massen und der führenden Stellung, die ich in der sozialistischen Arbeiterbewegung, namentlich aber in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung innehatte. Sozialismus verpflichtet! Und wenn ich auf die verflossenen qualvollen letzten Jahre meines Wirkens an der „Gleichheit“ zurückblicke, so empfinde ich in bezug auf meine Haltung nur jenes Bedauern, dem Conrad Ferdinand Meyers Hutten leidenschaftlichen Ausdruck verliehen:

Mich reut's – ich sag es mit zerknirschtem Sinn –,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin!¹

Denn ich habe „Die Gleichheit“ nie als das behagliche Traumstübchen meiner Wünsche betrachtet. Sie war mir ein anvertrautes Pfund, mit dem im Dienste meines Herrn zu wuchern mir Pflicht und Glück war. Als meinen Herrn vermochte ich

¹ „Mich reut – ich beicht es mit zerknirschtem Sinn –
Daß nicht ich Hutten stets gewesen bin!“
(C. F. Meyer, „Huttens letzte Tage“) *Die Red.*

aber beim besten Willen nicht die Beamtenkörperschaft anzusehen, die jeweils mit der Verwaltung der sozialdemokratischen Parteigeschäfte betraut war und der bürgerliche Juristerei die Macht des „Herrseins im Hause“ verleiht. Mein Herr war und ist der gewaltige, zeit- und menschheitumspannende Gedanke des internationalen Sozialismus. Ihm fühle ich mich verantwortlich in jeder Minute meines Wirkens und vor einem strengeren Tribunal als jedem Parteitag: vor meinem Gewissen.

Als Hauptaufgabe der „Gleichheit“ dünkte mir jederzeit die Klärung und Vertiefung des sozialistischen Empfindens und Denkens der proletarischen Frauen, eine Klärung und Vertiefung, die als Vorstufe eines unbeugsamen, tatbereiten Wollens und eines fruchtbaren, opferfreudigen Handelns unerläßlich ist. „Die Gleichheit“ würde dieser ihrer Pflicht untreu geworden sein, wäre sie den Mehrheitlern gleich ins nationalistische Lager abgeschwenkt oder hätte sie sich auch nur bequem, verlogen und feig um die Lassallesche Losung herumgedrückt: „Aussprechen, was ist“. Sie würde sich damit einer doppelt schweren Sünde wider den heiligen Geist schuldig gemacht haben. Der „Gleichheit“ war die Ehre zuteil geworden, als geistig verbindendes und führendes Organ der Sozialistischen Fraueninternationale den Genossinnen aller Länder das Banner des Sozialismus voranzutragen. Sie konnte, sie durfte kein Titelchen der Grundsätze des internationalen Sozialismus in der Zeit preisgeben, wo die imperialistischen, nationalistischen Strömungen das Proletariat gierig überfluteten. Es war die Bedeutung und der Ruhm der „Gleichheit“, daß ihr Name mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch ein Programm war, über das niemand im unklaren sein konnte. Es wird ihre dauernde Ehre bleiben, daß sie, diesem Programm treu, im Kampfe gegen den Imperialismus gefallen ist, wenn auch nicht unter „offenem Hieb in offener Schlacht“. Gefallen, nicht erlegen.

Allerdings: Der Name der „Gleichheit“ wird von dem Organ weitergeführt, das fortan kraft Vorstandsbeschlusses in unversöhnlichem Gegensatz zu dem besten Teil ihres Wesens und Webens den Proletarierinnen die Weisheit der Umlerne-sozialisten predigen soll. Also ermöglicht es das bürgerliche Eigentumsrecht, das damit die „Enteignung geistiger Arbeit“ durch die brutale Geldgewalt besiegelt. Es wird viele Leserinnen schmerzen und empören, wie es mich schmerzt und empört. Doch sei's drum! Was ist Name? „Schall und Rauch!“ Es gilt an dem Sein festzuhalten, das der „Gleichheit“ Leben und Odem gab. Ich scheidet von der „alten“ „Gleichheit“ mit einem Wort herzlichen Dankes für die Genannten und Ungenannten, die in den vergangenen Jahren die Entwicklung der „Gleichheit“ durch ihre Mitarbeit irgendwie unterstützt und gefördert haben. Für die vielen, die ihr Wissen und Können gerade diesem Blatte freudig zur Verfügung stellten, für die Ungezählten, die sich für seine Verbreitung eifrig mühten, für das Geschäftspersonal und insbesondere die Herren der Druckerei, in denen ich nie versagende technische Mitarbeiter fand, zuletzt und nicht am wenigsten für den Mann, der die Seele des Stuttgarter Unternehmens ist: für Heinrich Dietz, der der „alten“ „Gleichheit“ bis zu ihrer letzten Nummer als einsichtsvoller, weitschauender, erfahrener Berater, Freund, Wegbereiter zur Seite gestanden ist. Es war mir nicht gestattet, dem inneren Bedürfnis gehorchend, ihnen allen in der Zeitschrift zu danken, der unser langjähriges Zusammenwirken galt. Nun sei ihnen von dieser Stelle aus gesagt, daß mein Erinnern in Treue festhalten wird, was „Die Gleichheit“ von ihnen empfangen hat.

Manchem von ihnen wird das als Abschiedsgruß wehmütig durch die Seele klingen, als Abschiedsgruß, mit dem ein Stück ihrer eigenen Vergangenheit von ihnen scheidet. Die meisten aber – so hoffe ich zuversichtlich³ –, zumal von den Genossinnen, werden das Dankeswort als einen frischen Kampfesgruß

empfinden, als einen Ruf zu neuem, unverzagtem Rüsten und Wagen. In der Tat! Mögen die Toten ihre Toten begraben. Seien wir ganz Lebende, die wirken wollen, die wirken müssen! Wir haben zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten!

Der ungeheuerliche Weltkrieg hat die Auffassung des internationalen Sozialismus nicht erschüttert, vielmehr nur durch den Anschauungsunterricht der Tatsachen bestätigt. Er hat in den fortgeschrittensten kapitalistischen Staaten eine so weitgediehene Reife der wirtschaftlichen Entwicklung gezeigt, daß nur noch die riesenhafteste Vernichtung von Sachgütern und schaffenden Menschenleben Luft für den Fortbestand der kapitalistischen Ordnung schaffen konnte. Mitten unter uns ist die zu Fleisch und Blut verkörperte Geschichtsauffassung getreten, daß die Menschen die Geburtshelfer einer neuen Zeit sein können. Im Osten Europas ist der Tag angebrochen. Dort kündigt in schöpferischer Tat jener seine Macht, der, gewaltiger als der waffenklirrende Imperialismus, nicht den Tod bringt, sondern neues, höheres Leben: der Sozialismus. Immer breiter, tiefer, unwiderstehlicher wird der Strom der Interessensolidarität der Proletarier, die sich zur Interessensolidarität der Menschheit weitet. An den Ufern dieses Stromes grüßen die Haine der Friedenspalmen, und seine Wogen umrauschen die Insel der Seligen, die das Vaterland einer freien Menschheit sein wird.

Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: „Erst recht!“ Halten wir es mit dem, was Lassalle nach einem schmerzlichen Ereignis dem Dichter Georg Herwegh schrieb: „Nur vorwärts und vorwärts und gearbeitet mit fliegender, zitternder Hast . . . Oh, wie das hilft! Die Wunde ist vernarbt während der Fronde, die man sich auferlegt . . . Vorwärts, nur vorwärts!“

Frauen-Beilage der „Leipziger Volkszeitung“
vom 29. Juni 1917.

Das Friedenswerk der russischen Revolution

November 1917

Das Friedenswerk der russischen Revolution hat für die Völker eine neue, entscheidungsschwere Situation geschaffen. Am 8. November hat sich in Petersburg die Revolution „rassehd in die Höh' gerichtet und ist reisiger wiedergekehrt“. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat zusammen mit dem Bauernrat und mit Unterstützung von Land- und Marine-truppen die vorläufige Koalitionsregierung gestürzt, die meisten Minister gefangengesetzt – ob der Diktator Kerenski dieses Schicksal teilt oder entkommen ist, weiß man im Ausland noch nicht – und die ganze Regierungsgewalt in die Hand des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte gelegt. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat besteht in seiner über- großen Mehrzahl aus radikalen Sozialisten der Partei der Bolschewiki oder Maximalisten, die nie mit den bürgerlichen Linksparteien paktiert, sondern von Anfang an die Auffassung vertreten hat, die Existenz und das Werk der Revolution könne nur durch die Diktatur des Proletariats und die Übernahme der ganzen Regierungsgewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte sichergestellt werden. Die Revolution in Petersburg und ihr Sieg ist der Triumph der konsequent festgehaltenen und durchgeführten grundsätzlichen und taktischen Auffassung der Bolschewiki. Die Tat- und Unterlassungssünden der vorläufigen Regierungen, die einander abgelöst haben, brachten

ihnen die Gefolgschaft großer Bevölkerungsmassen, namentlich aus dem städtischen und industriellen Proletariat, aber auch aus der Bauernschaft und dem Land- und Seeheer. Die vorläufigen Regierungen haben sich als unfähig erwiesen, das Werk der Revolution fortzuführen: Sie vergeudeten ihr Erbe, denn sie waren in der Hauptsache Vertreter der besitzenden Klassen, vor deren Interessen sie respektvoll haltmachten. Die Minister aus den Reihen der Menschewiki, dem rechten Flügel der russischen Sozialisten, und der Sozialrevolutionäre konnten nichts Entscheidendes daran bessern. Sie waren Gefangene und nicht Herren der Regierungen. Das alles zeigte sich zumal in der Außenpolitik, die nicht entschieden und durchgreifend genug auf einen raschen Friedensschluß zusteuerte, wie angesichts der notwendigen Agrarreform und der ebenso dringlichen Reformen auf industriellem und sozialem Gebiete, in der Nahrungsmittelversorgung usw. Auch die Verschleppung des Zusammentritts der konstituierenden Versammlung war bezeichnend dafür. Hinter den bolschewistischen Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat ist der Kongreß aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte getreten, der zur Zeit in Petersburg tagt und im Namen von 10 Millionen Soldaten und des gesamten Proletariats sprechen darf. Er hat sich das Programm des Petersburger revolutionären Ausschusses zu eigen gemacht und das folgende Manifest an die Arbeiter, Soldaten und Bauern gerichtet:

„Auf der Grundlage des Willens der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter und der Garnison von Petersburg nimmt der Kongreß die Gewalt in seine Hand. Er wird allen Völkern einen demokratischen Frieden und einen sofortigen Waffenstillstand vorschlagen, der alsbald auf sämtlichen Fronten eintreten soll. Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte wird die unentgeltliche Auslieferung der Privat-, Regierungs- und Kirchenländereien an die Bauernausschüsse sicherstellen, die

Rechte der Soldaten verteidigen unter Verwirklichung einer vollkommenen Demokratisierung der Armee, eine Kontrolle der Arbeiter über die Erzeugung schaffen, die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung zu gelegener Zeit sicherstellen, für die Versorgung der Städte mit den Gegenständen des dringenden Bedarfes sorgen und allen Nationalitäten, die Rußland bevölkern, ein wirkliches Recht garantieren, ihre Zukunft zu organisieren.

Der Kongreß beschließt, daß die gesamte örtliche Gewalt auf die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte übergeht, die eine dauerhafte revolutionäre Ordnung herzustellen haben. Der Kongreß fordert die Soldaten in den Schützengräben zur Wachsamkeit und Festigkeit auf. Der Kongreß ist überzeugt, daß die revolutionäre Armee die Revolution gegen alle imperialistischen Versuche zu schützen wissen wird bis zu dem Augenblick, wo die neue Regierung den demokratischen Frieden zustande gebracht haben wird, den sie auf direktem Wege allen Völkern vorgeschlagen hat. Die neue Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um der Armee alles Notwendige zu sichern durch eine energische Politik der Auflagen und Steuern für alle begüterten Klassen. Sie wird gleicherweise die wirtschaftliche Lage der Soldatenfamilien verbessern.

Die Parteigänger Kornilows, Kerenskis, Kaledins und andere versuchen, Truppen nach Petersburg kommen zu lassen. Einige Abteilungen, die sich durch Kerenski hatten täuschen lassen, sind bereits auf die Seite des in Erhebung befindlichen Volkes übergetreten. Soldaten! Setzt tatkräftigen Widerstand Kerenski, diesem Parteigänger Kornilows, entgegen! Eisenbahner! Haltet die Streitkräfte an, die Kerenski gegen Petersburg schickt!¹

¹ Clara Zetkin zitierte die in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Übersetzung des Manifestes. Siehe W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke* in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 254/255. *Die Red.*

Zum zweitenmal tritt die revolutionäre Demokratie, tritt ihr voran das revolutionäre Proletariat Rußlands als Preisfechter des Friedens vor die Völker. Der Kampf für den Frieden wird die Kraftprobe der Reife und Macht sein. Ein Kampf von größter Tragweite und weltgeschichtlicher Bedeutung. Ein Kampf, dem nur der Erfolg blühen kann, wenn die Völker nicht den törichten Jungfrauen gleichen, die vergessen hatten, das Öl auf ihre Lampen zu tun, als sie dem Bräutigam entgegengehen sollten. Der Friede ist in greifbare Nähe gerückt, wenn die heiße Friedenssehnsucht der Völker sich zum bewußten Friedenswillen zusammenballt, der Geschichte macht, wie er sie machen muß.

„Leipziger Volkszeitung“
vom 16. November 1917.

Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland

Aus einem Artikel

November 1917

Abermals sind die Blicke der friedenssehnsüchtigen Völker der ganzen Welt auf Rußland gerichtet, und das mit einer leidenschaftlicheren Spannung als je zuvor. Dauer und Verschärfung des entsetzlichen Weltkrieges haben in allen Ländern das Friedensbedürfnis gesteigert, und das gewaltige revolutionäre Geschehen in Rußland rückt die Möglichkeit eines baldigen Friedens in greifbare Nähe. Vorausgesetzt, daß die Kriegführenden den Frieden wollen, weil sie ihn wollen müssen.

Wie im März hat sich in Rußland wieder die Revolution in furchtbar-prächtiger Kraft erhoben. Die nämliche und doch nicht dieselbe. Abermals wird die Umwälzung von dem sozialistisch geführten Proletariat der großen Industriezentren, einem erheblichen Teil der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und des Heeres getragen. Jedoch in ihrem Ziel und in ihren Wegen zum Ziel geht sie mit klarer Entschlossenheit weit über die Februarrevolution hinaus. Diese zwang zwar die russische Bourgeoisie, den liberalisierenden Semstwoadel inbegriffen, ihr Ideal eines wohlfrisierten bürgerlichen Staatsstreichs fahrenzulassen, der lediglich das Regierungsruder in andere Hände gelegt hätte, und sich mit süßsaurer Miene in die Zerschmetterung des Zarismus zu schicken, der sich als trefflicher Schirmvogt des Kapitalismus bewährt hatte. Allein, sie blieb eine bürgerlich-politische Revolution . . .

Politisch fand die Lage, die die Februarrevolution hinterlassen, in den einander ablösenden vorläufigen Koalitionsregierungen ihren Ausdruck. Wie immer die Parteigruppierungen und die Personen in ihnen wechselten, zwei Grundzüge waren ihnen allen gemeinsam. Ihre Heimatpolitik stand im Zeichen der Verbindung von revolutionärer Demokratie und Bourgeoisie, von Sozialisten verschiedener Fraktionen und Kadetten; die Außenpolitik wurde von dem Bündnis zwischen Rußland und den imperialistischen Westmächten beherrscht. So blieb nach dem Herrscherwort des internationalen Imperialismus auch im Rußland der Revolution national vereint, was durch unversöhnliche Klassengegensätze geschieden ist, und international getrennt, was durch unzerstörbare Klassensolidarität zusammengeschweißt werden sollte.

Aber die Klassengegensätze lassen ihrer nicht spotten. Sie lassen sich nicht wegdisputieren durch die gelahrtesten Perücken, nicht wegschmeicheln durch die geriebensten Realpolitiker, nicht bändigen durch die fauststärksten Büttel und Schergen, nicht fortdeklamieren durch demokratische Schönredner. Solange sie nicht durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln überwunden sind, stellen sie sich immer und immer aufs neue breit, vierschrötig in die Geschichte und machen ihr Recht geltend. Ausstände, Hungerkrawalle, Bauernunruhen, Einschränkung und Durchbrechung der kaum beschworenen politischen Freiheiten, Aufhebung von Fortschritten, von deren Verkündung die Luft noch zitterte: all das und vieles mehr kündete, daß trotz aller Huldigungen vor der revolutionären Demokratie in Rußland die Klassengegensätze sich weiter in Klassenkämpfen auswirken mußten.

Das Bündnis zwischen revolutionärer Demokratie und Bourgeoisie wurde, je länger, je mehr, zur Bindung, zur Fessel für die revolutionären Kräfte des Landes. Die Erneuerung, der

Wiederaufbau der Verhältnisse auf höherer Stufe schien in weite Fernen zu entrücken. Keine durchgreifenden sozialen Reformen zugunsten von Proletariat, Bauernschaft und Kleinbürgertum. Sogar die Sicherstellung des politischen Erbes der Februarrevolution durch eine konstituierende Versammlung von Monat zu Monat verschleppt. Keine entscheidende Tat, um die Forderung der revolutionären Demokratie zu verwirklichen: Friede ohne Annexionen und Entschädigungen, mit verbürgtem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Gewiß: Die erlösende Tat war unter den gegebenen Umständen besonders schwer. Ihre Wirkung durfte nicht sein, den Imperialismus der einen kriegführenden Staatengruppe auf Kosten der andern zu stärken und damit die Ansätze demokratischer Entwicklung unter den Kürassierstiefel reaktionärer Gewalten zu bringen. Allein, die Wirkung mußte unter dem Gesichtswinkel der politischen Weiterentfaltung der Dinge betrachtet werden, und von dort aus gesehen erscheint der Friede als das einzige erfolgverheißende Mittel zur Überwindung des Imperialismus aller Staaten, der Friede, der eine unerläßliche Vorbedingung dafür ist, daß die Revolution Rußland von Grund aus umzupflügen und umzuschaffen vermag.

Mit steigender Erbitterung, ja Verzweiflung erlebten die breitesten russischen Massen, daß eine vorläufige Regierung nach der andern fortfuhr, für imperialistische Weltmachtgelüste das Blut und den Schatz des Volkes zu vergeuden. Und die tausendgestaltige Not dieser Massen schrie gen Himmel. Ein Umschwung vollzog sich in der Stimmung, der Auffassung der Arbeiter, Bauern und Soldaten, deren Organisationen – die Sowjets, die Arbeiter- und Soldatenräte – das Rückgrat der revolutionären Demokratie sind. Es deuchte ihnen verderblich, die politische Macht noch länger mit der Bourgeoisie zu teilen, als Gebot der Stunde erschien ihnen, die ganze Regierungsmacht in die eigene Hand zu nehmen. Mit dieser Er-

kenntnis triumphierte die Losung, die der linke Flügel der russischen Sozialdemokratie, die Partei der Bolschewiki, von Anfang an vertreten hat. Die Führung in den Sowjets ging von den gemäßigten auf diese radikalen Sozialisten über, deren Einfluß durch den gleichgerichteten linken Flügel der Sozialrevolutionäre, der Internationalisten, gestärkt wird. Auffassung ist Wille, und Wille ist Tat geworden.

Der Riesenschatten der Revolution stand ihr vorauseilend über Petersburg, als im Juli das hauptstädtische Proletariat sich erhob, um die damalige vorläufige Regierung zu zwingen, den Fuß am Mal der proklamierten Friedensformel zu halten. Mit Gewaltmaßregeln blutig niedergeworfen, wie sie der Zarismus nicht anders hätte ersinnen können, setzte es dennoch die Ausschiffung führender Imperialisten aus der Regierung durch sowie eine genauere Erklärung der Friedensformel, die dem kriegverlängernden diplomatischen Auslegespiel einen Riegel vorschieben sollte. Und nun ist Anfang November die Gewaltige selbst reisiger wiedergekehrt. Von den Losungen der Bolschewiki beseelt und geleitet, hat zuerst der Petersburger Sowjet dem arbeitenden Volk die Fahne der Rebellion gegen die Regierung Kerenskis vorangetragen. Der Kongreß aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte übernahm sie aus seinen Händen und machte sie zu der seinigen, zum allgemeinen Banner. Die Regierung der Koalition zwischen revolutionärer Demokratie und imperialistischer Bourgeoisie ist nicht mehr.

Die Bolschewiki haben in kühnem Ansturm ohnegleichen ihr Ziel erreicht. Die Regierungsgewalt ist in den Händen der Sowjets. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist Ereignis oder richtiger: die Diktatur des werktätigen Volks, denn um das Industrieproletariat der großen modernen Wirtschaftszentren Rußlands, der Kristallisationsachse revolutionärer Kräfte, gruppieren sich Bauern und Kleinbürger in Arbeits-

bluse und Waffenrock. Das Idyll der Revolution als Werk aller Gesellschaftsschichten ist ausgeträumt. Im harten Bürgerkrieg muß die revolutionäre Demokratie um die Behauptung der Macht ringen.

Stellen diese Tatsachen nicht alles auf den Kopf, was wir gelernt und gelehrt haben über die Entwicklungsreife der gesellschaftlichen Dinge und der Menschen als unerläßliche Vorbedingungen solchen „Umsturzes“, wie er im Osten die Welt zu verändern verspricht? Und muß die „Rückständigkeit“ der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands und die seiner Volksmassen, muß die Spannung zwischen geschichtlicher Wirklichkeit und geschichtlichem Ziel nicht von vornherein die Erhebung der Bolschewiki zum Zusammenbruch verurteilen und damit die Revolution selbst? So meinen nicht nur Sozialisten des Auslandes, so meinen die gemäßigten Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre Rußlands selbst . . . Rußland ist zu drei Vierteln ein agrarisches Land, spärlich und weit auseinanderliegend sind die großen Zentren kapitalistischer Industrie mit einem modernen Proletariat. Die Verkehrsverhältnisse stecken überwiegend in den Kinderschuhen. Die Proletarier selbst stehen noch zum guten Teil im Banne bäuerlichen Empfindens und Denkens. Die breitesten Massen sind Analphabeten, ohne starke Organisationen mit wohlgefüllten Kassen, ohne politische Schulung durch Wahlzettel, Wahlkampf und Parlamentsreden. Welch leichtfertiger Frevel, unter diesen Umständen die Diktatur des Proletariats zu wollen!

Das klingt bestechend, ist aber nach unserer Meinung nicht stichhaltig, so wenig wir die gesteigerten, die ungeheuren Schwierigkeiten leugnen, die in den angedeuteten Verhältnissen beruhen. Die „notwendige Reife“ der Dinge und der Menschen zur Revolution ist eine Formel, die durch die geschichtliche Wirklichkeit Inhalt und Leben empfängt, und diese geschichtliche Wirklichkeit läßt sich nicht in das Schema F

pressen. Der historische Materialismus ist keine Sammlung fertiger Rezepte für soziale Ärzte, Kurpfuscher und Apotheker. Er ist bisher das vollkommenste Werkzeug zur Erforschung und Durchleuchtung, zum Verständnis des geschichtlichen Werdegangs der Menschheit. Die Entwicklung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Dinge in Rußland muß an sich selbst und darf nicht an den Vorbildern der Länder alter europäischer Kultur gemessen werden. Diese Entwicklung faßt in vieler Hinsicht Asien, Europa und Amerika zusammen. Und wenn das russische Volk nicht durch die Schule jener Kultur gegangen ist, die in Mittel- und Westeuropa in der Hauptsache das Werk des zünftigen städtischen Bürgertums gewesen ist – die bildende Kunst und namentlich die Baukunst als sozialste aller Künste erweist das sinnenfällig –, so ist es dafür auch nicht mit all den bürgerlichen Traditionen und Bindungen beschwert, die bei uns die Entschließungen der Massen mit des Gedankens Blässe ankränkeln. Doch davon abgesehen und vor allem: Die Dinge und Menschen sind reif zur Revolution, wenn breite Volksschichten bestimmte Zustände als unerträglich empfinden; wenn sie nicht mehr an den Willen und die Fähigkeit übergeordneter Gesellschaftsmächte glauben, die unerträgliche Last von ihnen zu nehmen; wenn sie nur noch auf die eigene Kraft vertrauen, von der Empfindung durchglüht:

„Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht.“

Unter den Scharen, auf die sich Cromwell stützte, war die Zahl der psalmensingenden Analphabeten gewiß sehr groß, und die wenigsten Stürmer der Bastille dürften „gebildet“ genug gewesen sein, später auch nur den Père Duchesne zu lesen. Die russischen Proletarier und Bauern sind reif zur Revolution, zum Kampfe für die Eroberung der Staatsmacht,

weil sie die Revolution, die Staatsmacht wollen und den Kampf nicht scheuen.

Eroberung der ganzen politischen Macht im Reiche, Eroberung der Staatsmacht, das besagt eines. Die Revolution kann sich nicht damit begnügen, Rußland politisch umzuwälzen, sie muß auch wirtschaftlich und sozial mit dem Hammer philosophieren, auf daß Neues ersthe. Der soziale Inhalt dieser Revolution ist eine Lebensnotwendigkeit. Die Regierung der Sowjets will der Bauernschaft den Grund und Boden, will der Arbeiterklasse die Kontrolle über die industrielle Gütererzeugung übergeben, Umwälzungen das, denen Berge von Schwierigkeiten entgegenstehen, die aber auch der Erhebung der Bolschewiki die höchste geschichtliche Tragweite verleihen, für Rußland selbst wie für die ganze Welt. Die wichtigste Vorbedingung für die Durchsetzung des revolutionären Programms ist der Friede. Die revolutionäre Regierung erstrebt ihn getreu der Auffassung, die die Bolschewiki seit Kriegsausbruch konsequent in die Massen getragen haben:

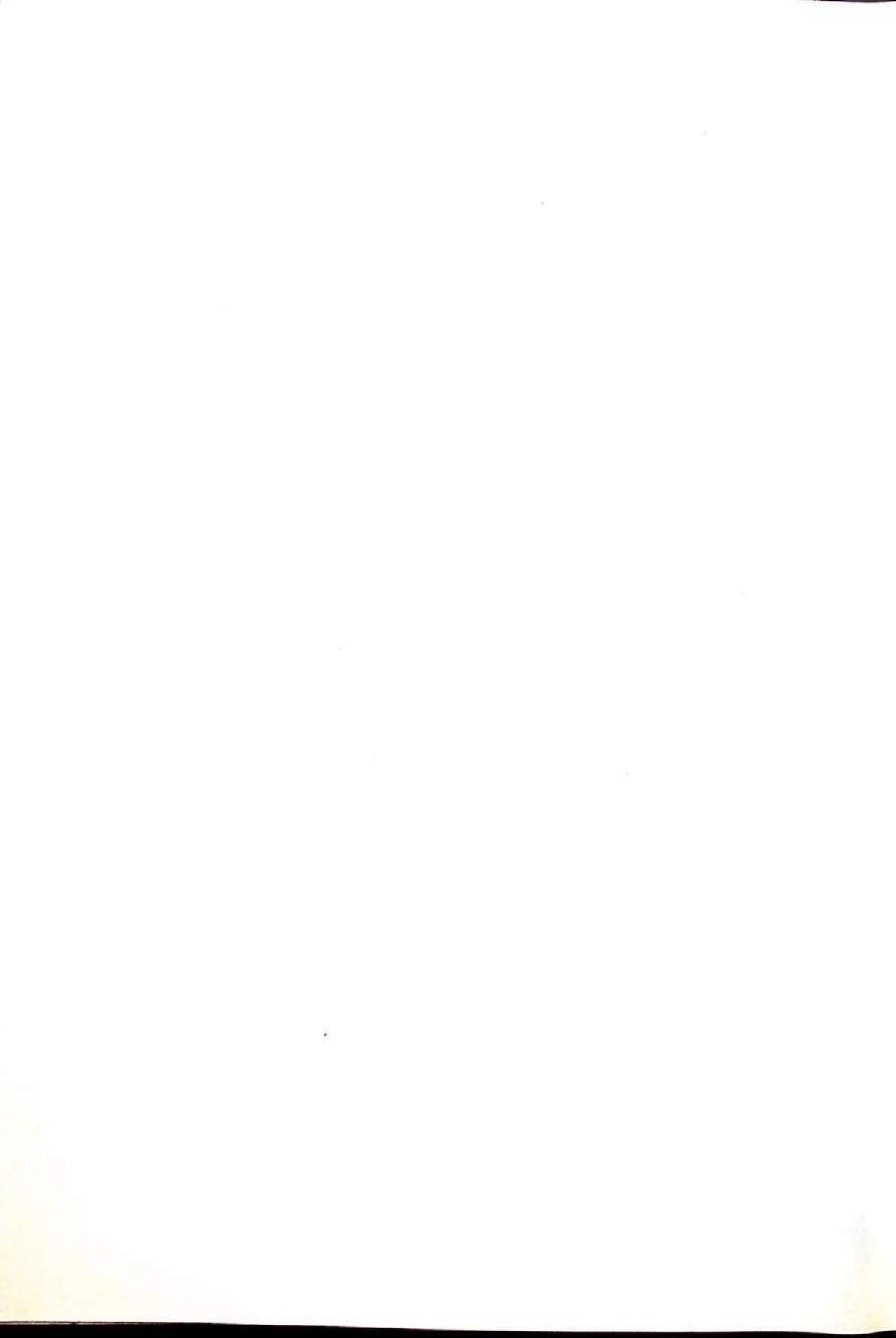
„Das Proletariat Rußlands steht in unversöhnlichem Gegensatz nicht bloß zum Imperialismus der Mittelmächte, sondern zum Imperialismus aller Staaten, Rußland inbegriffen. Das Proletariat Rußlands ist in inniger Solidarität verbunden nicht bloß mit den Arbeitern der Ententemächte, sondern mit den Arbeitern der ganzen Welt, die Arbeiter der Mittelmächte inbegriffen.“

Von dieser Auffassung geleitet, ist die revolutionäre Regierung Rußlands entschlossen zum Frieden und hat die ersten Schritte zu einem Waffenstillstand getan, ohne sich durch die Geheimverträge verpflichtet zu fühlen, mit denen der russische Imperialismus Land und Volk an den Kriegswagen des westeuropäischen Imperialismus gekettet hat.

Welches aber auch immer für den Augenblick der Ausgang des kühnen Kampfes der russischen Arbeiterklasse um die

Macht und für den Frieden sein mag: er wird nicht umsonst gewesen sein. Dieser Kampf wird tiefe, unverwischbare Spuren in die Geschichte graben, und nicht nur von seinem Sieg, den die Proletarier aller Länder leidenschaftlich wünschen, von der bloßen Tatsache, daß er war, wird neues, schöpferisches Leben ausstrahlen.

Frauen-Beilage der „Leipziger Volkszeitung“
vom 30. November 1917.



Anmerkungen

- ¹ *Reptilientrog* – Reptilienfonds, Bezeichnung für einen Fonds, aus dem Bismarck den Spitzelapparat gegen die Sozialdemokratie unterhielt. Später Bezeichnung des staatlichen Fonds, mittels dessen Presseorgane ausgehalten wurden. 14
- ² „*Neuer Kurs*“ – Dieses Schlagwort diente dazu, die Massen über die Ziele der deutschen Innen- und Außenpolitik zu täuschen. Erschreckt von der wachsenden Kraft der Arbeiterklasse zur Zeit des Sozialistengesetzes, versuchte Wilhelm II., durch einige soziale Zugeständnisse die Arbeitermassen von dem steigenden Einfluß der Sozialdemokratie zu lösen. Am 1. Juni 1891 wurden daher in einer Novelle zur Gewerbeordnung unter anderem der Arbeiterschutz ausgedehnt, die Kinderarbeit bis zur Beendigung der Schulpflicht verboten und für Frauen der Maximalarbeitstag in Fabriken auf 10 Stunden festgelegt. 17
- ³ *Zollkrieg* – Bezeichnung für die Periode handelspolitischer Gegensätze zwischen Deutschland und Rußland.
„Das Gesetz vom November 1876, in dem die russische Regierung verfügte, daß ab 1. Januar 1877 die Zölle in Gold statt in Papierrubeln zu zahlen wären, kam einer allgemeinen Erhöhung der Zölle um rund ein Drittel gleich. Der Grund für diese Wendung zur Schutzzollpolitik intensiven Ausmaßes war finanzieller Natur: die Notwendigkeit, höhere Staatseinnahmen zur Zahlung der wachsenden Verschuldung Rußlands an das Ausland und zur Bezahlung des bevorstehenden Krieges gegen die Türkei zu erzielen. Zwei Jahre später erhöhte Deutschland seine Zölle beziehungsweise führte neue Zölle ein, und zwar zum Teil gerade auf Produkte, die aus Rußland kamen: Getreide, Holz, Vieh, tierische Produkte. In Rußland wurden in der Folgezeit die Zölle fast jährlich erhöht, und zwar wiederum zum Teil vornehmlich auf Artikel, die aus Deutschland kamen, wie Chemikalien, Maschinen und Apparate, Werkzeuge, Musikinstrumente, Seidenstoffe usw.; diese Zollerhöhungen betrug zum Teil bis zu 500 Prozent und mehr, wenn man die Zollsätze von 1868 und 1891 vergleicht. Man kann sagen, daß in den Jahren von 1877, als die Zölle für so

spezielle deutsche Einfuhrwaren wie Lokomotiven und Musikinstrumente neben der allgemeinen Zollerhöhung durch Goldrubelbezahlungszwang heraufgesetzt wurden beziehungsweise seit 1879, als Zölle auf so spezielle russische Ausfuhrwaren wie Holz und Getreide von deutscher Seite eingeführt wurden, ein fortdauernder stiller Zollkrieg zwischen Deutschland und Rußland bestand.“ (Jürgen Kuczynski, Grete Wittkowski, „Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren“, Berlin 1947, S. 28/29.)

Der Handelsvertrag von 1894 beendete diesen Zollkrieg. 43

⁴ Das Bismarcksche Schutzzollsystem bewirkte Zollerhöhungen in verschiedenen Staaten, wodurch die Ausfuhr deutscher Industriewaren behindert wurde. Die Handelsverträge mit Österreich, Rumänien, Serbien und Spanien in den Jahren 1891–1893 sahen Zollermäßigungen der genannten Länder für deutsche Industriewaren vor, wofür deutscherseits Erleichterungen bei der Einfuhr von Agrarprodukten aus diesen Staaten gewährt wurden. 45

⁵ *Kornzoll* – in England 1815 eingeführt, belegte die Getreideeinfuhr mit hohen Zöllen. Dadurch konnten die Großgrundbesitzer die Getreidepreise auf dem Binnenmarkt erhöhen und eine riesige Rente erzielen. Der hartnäckige und langwierige Kampf zwischen der Agrar- und der Industriebourgeoisie endete 1846 mit dem Sieg der letzteren und der Aufhebung der Kornzölle. 47

⁶ *Staffeltarife* – Tarifsätze der Eisenbahnen für verschiedene Waren, deren Kilometersatz mit zunehmender Entfernung progressiv fällt. Die Aufhebung der Staffeltarife für Getreide und Mühlenprodukte in den neunziger Jahren verteuerte die Frachtsätze und führte zu Preiserhöhungen in West- und Süddeutschland.

Identitätsnachweis – Im Zollrecht bleiben in bestimmten Fällen eingeführte ausländische Waren unter der Bedingung der Wiederausfuhr, ausgeführte inländische Waren unter der Bedingung der Wiedereinfuhr zollfrei, jedoch muß der Zollbehörde nachgewiesen werden, daß es dieselbe Ware ist, die wiederausgeführt beziehungsweise – eingeführt wird. Es darf im In- oder Ausland keine Vertauschung erfolgen. 1894 wurde für ausgeführtes Getreide und für Hülsenfrüchte der Identitätsnachweis aufgehoben. 48

⁷ *Périer* – Jean Pierre Paul Casimir-Périer (1847–1907), Angehöriger einer einflußreichen französischen Bankiersfamilie, Aktionär der Steinkohlenbergwerke von Anzin sowie Unternehmer der chemischen Industrie und des Versicherungswesens, zugleich Abgeordneter, Mitglied zahlreicher Ausschüsse, mehrmals Staatssekretär und Minister, schließlich Präsident der Deputiertenkammer, des Ministerrates und 1894–1895 Präsident der III. Republik. 69

⁸ *Stumm* – Karl Freiherr von Stumm-Halberg (1836–1901), einer der prominentesten Vertreter der deutschen Großbourgeoisie, Großindustrieller und un-

eingeschränkter Herr des Saargebietes, leitete seit 1858 die Eisenhüttenwerke Neunkirchen, Dillingen und Burbach, die den Grundstock des von ihm geschaffenen Stumm- oder Montankonzerns bildeten. Verfechter der Bismarckschen Schutzzollpolitik, Mitbegründer und führendes Mitglied der Deutschen Reichspartei, 1867–1870 im Preußischen Abgeordnetenhaus, 1882–1901 im Herrenhaus, 1867–1881 und 1889–1901 im Reichstag. 69

⁹ *Vorschläge der Agrarkommission* – 1894 wurde auf dem Parteitag zu Frankfurt am Main eine Agrarkommission gewählt, die dem Parteitag zu Breslau einen Entwurf zu einem Agrarprogramm vorlegte.

Die von Kautsky eingebrachte Gegenresolution lehnte den Entwurf der Agrarkommission ab, da er „dem kapitalistischen Staat Aufgaben stellt, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat“. Der Parteitag nahm diese Resolution an. Siehe auch Marx/Engels, *Ausgewählte Schriften*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 394–412. 84

¹⁰ *Dreiklassen-Wahlssystem* – indirektes Wahlverfahren, bei dem die Wahlberechtigten (Urwähler) nach Höhe ihrer Steuern in drei Klassen eingeteilt wurden und jede dieser Klassen die gleiche Anzahl von Wahlmännern wählte, die dann die Abgeordneten wählten. Bestand zum Beispiel in Preußen 1849–1918, in Sachsen 1896–1909; war ein Mittel zur politischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung. 124

¹¹ „*Kanitzbrötchen*“ – Hans Graf von Kanitz (1841–1913), Deutschkonservativer, 1869–1870 und 1889–1913 Mitglied des Reichstages. In den Jahren 1894 bis 1896 brachte er dreimal einen Antrag im Reichstag ein, der das staatliche Handelsmonopol für Importgetreide zur Hebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte („zur Herbeiführung ausreichender und fester Preise für das inländische Getreide“) vorsah. Der Antrag wurde jedes Mal gegen die Stimmen der Agrarier abgelehnt. 126

¹² *Spanisch-Amerikanischer Krieg* – Um die Jahrhundertwende, mit dem Eintritt in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, ging die Periode der verhältnismäßig friedlichen Entwicklung des Kapitalismus zu Ende. Seine ungleichmäßige Entwicklung, der Kampf der imperialistischen Mächte um die Neuverteilung der Welt führten zu imperialistischen Kriegen. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898, der erste imperialistische Krieg, endete damit, daß die USA Spanien einen Teil seiner Kolonien entrissen. 127

¹³ *Lucanus* – Friedrich Karl Hermann von Lucanus (1831–1908, seit 1888 Chef des Zivilkabinetts Wilhelms II. 129

¹⁴ *Lex Recke* – Gesetzentwurf der preußischen Regierung zur Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, unter dem preußischen Innenminister Frei-

herrn von der Recke im Preußischen Landtag behandelt. Dieser Gesetzentwurf richtete sich gegen die Sozialdemokratie und besonders gegen die Einbeziehung jugendlicher Arbeiter in die Organisationen der Arbeiterklasse. 140

- ¹⁵ *Amendement Mittag* – August Bebel hatte auf dem Hamburger Parteitag 1897 eine Resolution eingebracht, die das Verbot der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen aufhob und unter Umständen, wenn keine eigenen Wahlmänner aufgestellt werden konnten, Wahlabkommen mit bürgerlichen Oppositionsparteien gestattete, falls diese auf die von der Sozialdemokratie gestellten Bedingungen – Eintreten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht usw. – eingingen. Otto Mittag forderte in einem Abänderungsvorschlag, daß keine Wahlabkommen mit bürgerlichen Parteien geschlossen werden dürfen. Die nach dem Amendement Mittag abgeänderte Resolution wurde mit 145 gegen 64 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. 140
- ¹⁶ *Mandschu-Dynastie* – (1644–1912), Herrscherhaus einer mandschurischen Erobererschicht mit korruptem feudalem Wirtschafts- und Verwaltungssystem. Die Mandshu-Kaiser lieferten das Land widerstandslos den englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Imperialisten aus. Sie leisteten ihnen hohe Kontributionen, die sie aus den ohnehin schwer unter der Landarmut und der Rechtlosigkeit leidenden Bauernmassen preßten. Sie schlossen landesverräterische Abkommen und lieferten Teile Chinas aus. So traten sie 1898 den Hafen Kiautschau an Deutschland ab. Gemeinsam mit den Imperialisten unterdrückten sie die Befreiungsbewegungen des chinesischen Volkes – wie den Taipingaufstand und den Boxeraufstand – und versuchten, die wirtschaftliche und nationale Entwicklung des Landes zu hemmen. 147
- ¹⁷ *Schrift Bernsteins* – Gemeint ist „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, 1899. In ihr zeigte sich deutlich, daß Eduard Bernstein, der als orthodoxer Marxist gegolten hatte, bestrebt war, den Marxismus zu revidieren. Die von Bernstein vertretene Richtung erhielt so den Namen „Revisionismus“. 149
- ¹⁸ Bernstein beschuldigte Marx des Blanquismus. Er versuchte nachzuweisen, daß Marx den bewaffneten Aufstand als Putsch, als Verschwörung einzelner, angesehen hätte. Marx lehrte jedoch, daß sich die Partei des Proletariats bei der Vorbereitung und Führung des bewaffneten Aufstandes auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern, auf den revolutionären Aufschwung des gesamten werktätigen Volkes stützen muß. 152
- ¹⁹ „*Fresslegende*“ – revisionistische Verleumdung der Marxschen Lehre von der Notwendigkeit der Enteignung der kapitalistischen Ausbeuter. Die Revisionisten behaupten, die Marxisten wollen die einfache Warenproduktion vernichten. Sie negieren die Ruinierung der kleinen Warenproduzenten durch den Kapitalismus

und lehnen die marxistische Theorie der relativen und absoluten Verelendung des Proletariats unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ab. 153

²⁰ *Löbtauer Bluturteil* – Im Februar 1899 wurden in Löbtau bei Dresden 9 Bauarbeiter zu insgesamt 61 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt, weil sie dagegen protestiert hatten, daß auf einem Nachbarbau über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus gearbeitet wurde. Hierbei war es zu Tötlichkeiten gekommen, als der Bauherr mit einem blindgeladenen Revolver geschossen hatte. 159

²¹ *Staatssozialismus* – Auf dem Parteitag 1892 zu Berlin kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über die von Vollmar popularisierte opportunistische These, die Sozialdemokratie nähere sich in Deutschland dem Staatssozialismus. Nachdem Bebel und Liebknecht die staatssozialistischen Auffassungen, die seit Lassalle in der Arbeiterbewegung Boden gewonnen hatten, entschieden zurückgewiesen hatten, wurde in einer Resolution die reformistische Einstellung abgelehnt, die Arbeiterklasse könne auf dem Boden des bürgerlichen Klassenstaates durch Reformen allmählich zum Sozialismus gelangen. 176

²² *„Unabhängige“* – Bewegung der sogenannten Jungen, die unter Führung kleinbürgerlicher Intellektueller von der Kritik an gewissen opportunistischen Erscheinungen in der Reichstagsfraktion ausging und sich zu einer ultralinken, halbanarchistischen Richtung entwickelte. Einige Führer dieser Gruppe wurden vom Erfurter Parteitag 1891 aus der Partei ausgeschlossen, später jedoch wieder aufgenommen. Siehe auch Marx/Engels/Lenin/Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1327. 176

²³ *Vollmar* – Georg von Vollmar (1850–1922), anfangs bayrischer Offizier, dann höherer Eisenbahnbeamter. 1881–1887 und 1890–1918 gehörte er dem Reichstag an, 1883–1889 dem Sächsischen Landtag und 1893–1918 dem Bayrischen Landtag.

Vollmar war neben Bernstein ein führender Vertreter des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie. Er wurde auf dem Erfurter Parteitag 1891 scharf kritisiert. Der Parteitag ging bei seiner Kritik von einer öffentlichen, die Partei alarmierenden Versammlung aus, in der Vollmar die Zusammenarbeit zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus, propagiert hatte. 176

²⁴ *Punkt 6 und 7 der Tagesordnung* – auf dem Parteitag zu Hannover 1899 als Punkt 5 und 6 behandelt. Punkt 5 war das Referat August Bebels „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktischen Stellungnahmen der Partei“, in dem er die opportunistischen Angriffe Bernsteins auf den Marxismus entlarvte und eine gegen den Revisionismus gerichtete Resolution einbrachte.

Unter Punkt 6 wurde zum Punkt 3 des Programms der Sozialdemokratie: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; Volkswehr an Stelle der stehenden Heere; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; Schlich-

tung aller internationalen Streitigkeiten auf dem schiedsgerichtlichen Wege“ Stellung genommen.

In der Debatte setzte sich besonders Rosa Luxemburg mit den opportunistischen Verfälschungen scharf auseinander, die Schippel, Heine und Vollmar in der Frage des Militarismus vertraten. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und andere forderten die Annahme der Resolution, in der die von Schippel verbreiteten opportunistischen Verfälschungen mit Entschiedenheit zurückgewiesen wurden, da sie „ein Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei“ waren. Diese Resolution wurde angenommen, ein Antrag auf Ausschluß Schippels jedoch gegen 4 Stimmen abgelehnt. Siehe auch Rosa Luxemburg, Ausgewählte Reden und Schriften, II. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1955. S. 34–59. 178

²⁵ Gemeint sind die Paragraphen des bürgerlichen Strafgesetzbuches, die groben Unfug und Erpressung betreffen und zur Verfolgung klassenbewußter, kämpfender Arbeiter, besonders bei Streiks, angewandt wurden. Siehe auch S. 158 des vorliegenden Bandes. 211

²⁶ Im August 1903 begann in Crimmitschau, dem damals bedeutendsten Textilzentrum Sachsens, der Streik der Textilarbeiter um den Zehnstudentag, der die gesamte Crimmitschauer Textilindustrie stilllegte. 8000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen kämpften, unterstützt durch eine große Solidaritätsaktion der Arbeiter ganz Deutschlands, in geschlossener Front gegen die Unternehmer. Am 18. Januar 1904 wurde der Streik auf den Rat der Generalkommission der Gewerkschaften abgebrochen. Die Textilarbeiter waren gezwungen, die Arbeit bedingungslos wiederaufzunehmen. 238

²⁷ *Internationaler Kongreß zu Amsterdam* – Auf dem Kongreß waren 476 Delegierte anwesend, doch hatte jede Delegation nur zwei beschließende Stimmen. Die Hauptfragen, über die der Kongreß zu beschließen hatte, waren: 1. Internationale Regeln der sozialistischen Politik, 2. Generalstreik, 3. Kolonialpolitik und 4. Sozialpolitik und Arbeitsversicherung. Die heftigste Diskussion entstand bei der Erörterung der ersten Frage (den Revisionismus verteidigte Jaurès, die marxistische Politik vertrat Bebel), zu der der Kongreß eine Resolution annahm, die beinahe unverändert die Resolution des Dresdner Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wiedergab. In der Resolution heißt es:

„Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unsrer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes

revolutionär ist, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Kongreß im Gegensatz zu den vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen . . .“

Nicht ganz klar trat der Kongreß für die Zulässigkeit der Anwendung des Massenstreiks als einer Form des proletarischen Kampfes ein. Die Resolution zur Kolonialpolitik enthielt einige Thesen, die Zugeständnisse an den Reformismus bedeuteten. 246

- ²⁸ *Jaurèsisten* – rechter Flügel der französischen Sozialdemokratie, benannt nach ihrem führenden Vertreter Jean Jaurès.
Jaurès vertrat die opportunistische Lehre von der Umbildung der bürgerlichen Gesellschaft in die sozialistische auf dem Wege der allmählichen Nationalisierung der kapitalistischen Industrie durch den bürgerlichen Staat. 1914 wurde er wegen seiner entschiedenen Ablehnung des Krieges ermordet. 247
- ²⁹ *Dresdner Resolution* – die von Bebel, Kautsky und Singer auf dem Dresdner Parteitag 1903 eingebrachte Resolution wurde vom Parteitag angenommen. Sie wandte sich gegen die Versuche der Rechten, die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei zu machen. Zum Inhalt der Resolution siehe Anmerkung 27. 247
- ³⁰ „*Sozialistischer Ministerialismus*“ – nach dem französischen Rechtssozialisten Millerand auch Millerandismus genannt (Millerand trat als erster Sozialdemokrat in eine bürgerliche Regierung als Minister ein). Bezeichnung für eine opportunistische Strömung in der internationalen Sozialdemokratie, die – auf dem Boden der Klassenzusammenarbeit stehend – bereit war, ihre Vertreter in bürgerliche Kabinette zu entsenden. 247
- ³¹ *Hibernia-Affäre* – 1904 versuchte die preußische Regierung, die rheinisch-westfälische Bergwerksgesellschaft Hibernia, die drittgrößte Gesellschaft des Kohlsyndikats, aufzukaufen und zu verstaatlichen. Darüber kam es zwischen der Regierung und den Ruhrmonopolisten, die die Verstaatlichung des gesamten Ruhrbergbaus fürchteten, zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen die Ruhrmagnaten siegreich blieben. 287
- ³² Engels' Vorrede zu Marx' Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ wurde im März 1895 im „Vorwärts“ in verkürzter und dadurch stark entstellter Form veröffentlicht. Aus diesem Anlaß schrieb Engels am 1. April 1895 an Kautsky, seine Einleitung sei derartig zurechtgestutzt, daß er „als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit“ dastehe. Der Originaltext wurde 1924 vom Marx-Engels-Institut in Moskau aufgefunden und dann zum erstenmal vollständig veröffentlicht. 303
- ³³ *Organisationsstatut* – In seinem Artikel „Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ betont Lenin, daß das vom Jenaer Parteitag

angenommene neue Organisationsstatut als „äußerst charakteristischen Grundzug . . . die Tendenz zu weiterer, vollständigerer und strengerer Durchführung des *Zentralismus*, zur Schaffung einer festeren *Organisation*“ aufweist. Siehe W. I. Lenin, „Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“; Werke, 4. Ausgabe, Bd. 9, S. 264–268, russ. 305

³⁴ *Ratbenau* – Emil Rathenau (1838–1915), gründete mit O. von Miller die Deutsche Edison-Gesellschaft, aus der 1887 die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), der einflußreichste deutsche Elektrokonzern, hervorging. Die AEG übte großen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik aus und schloß 1907 ein Übereinkommen mit dem amerikanischen Elektrokonzern General Electric Company. 311

³⁵ Der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907 hatte eine Kommission zur Vorbereitung einer Resolution über die Kolonialfrage eingesetzt, die in ihrer Mehrheit aus rechten Sozialdemokraten bestand. Diese legten dem Kongreß eine Resolution vor, in der von einer in Zukunft möglichen „zivilisatorisch wirkenden sozialistischen Kolonialpolitik“ gesprochen wurde.

Lenin entlarvte die Haltung der Opportunisten als eine Absage an den proletarischen Internationalismus und wies darauf hin, daß in den Ländern, die über bedeutende Kolonien verfügten, viele sozialdemokratische Führer zu Verteidigern der Ausbeutung der Kolonialvölker geworden wären.

Der Kongreß lehnte mit knapper Mehrheit die Resolution der Kommissionsmehrheit ab und nahm die Formulierung der Kommissionsminderheit an, in der es unter anderem heißt:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste . . .

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechts des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt . . . Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.“

Bereits der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1900 in Mainz hatte eine Resolution angenommen, die sich gegen die Kolonialpolitik, insbesondere gegen die Aggressionspolitik der deutschen Regierung in China, richtete und die dem Inhalt nach der Stuttgarter Resolution entsprach. 362 373

- ³⁶ *Plechanow* – trat als Vertreter der Menschewiki auf dem Stuttgarter Kongreß auf und verteidigte – entgegen den Beschlüssen des V. Parteitags der SDAPR (London 1907) – das opportunistische Prinzip der „Neutralität“ der Gewerkschaften.
Als Vertreter der Bolschewiki nahmen W. I. Lenin, A. W. Lunatscharski, M. M. Litwinow und andere am Kongreß teil. 363
- ³⁷ Zum Auftreten Hervés auf dem Stuttgarter Kongreß siehe W. I. Lenin, „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“; Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 16–19. 364
- ³⁸ *Sonntagsdemonstrationen* – Wahlrechtsdemonstration am 12. Januar 1908 in Berlin, bei der die Polizei mit Gummiknüppeln auf die Demonstranten einschlug. 384
- ³⁹ *Internationale Sozialistische Jugendkonferenz zu Stuttgart* – I. Internationale Jugendkonferenz am 24. und 25. August 1907. Es wurde ein Internationales Jugendsekretariat gebildet, das seinen Sitz in Wien hatte. Die Leitsätze der Konferenz befaßten sich mit dem wirtschaftlichen Schutz und der sozialistischen Erziehung der Jugend. 401
- ⁴⁰ *„Junge Garde“* – Der Kongreß der Belgischen Arbeiterpartei in Löwen im Jahre 1880 nahm eine Resolution an, in welcher die Notwendigkeit der Gründung besonderer Jugendorganisationen und antimilitaristischer Propaganda festgestellt wurde. Die ersten Organisationen der „Jungen Garde“ bildeten sich in Belgien im Jahre 1886 nach der blutigen Unterdrückung des Aufstandes der wallonischen Arbeiter. Die Organisationen der „Jungen Garde“ leisteten antimilitaristische Arbeit, gaben besondere Zeitungen, Broschüren, Plakate heraus, organisierten Versammlungen, Demonstrationen usw. Die Regierung verfolgte die Jugendorganisationen und suchte sie zu zerstören. In den Jahren 1895, 1896, 1901, 1902, 1903, 1904 wurden mehrere Gerichtsprozesse gegen die Jugendorganisationen durchgeführt, bei denen ihre aktiven Funktionäre gewöhnlich zu 3 bis 6 Jahren Kerker verurteilt wurden. Trotz dieser Verfolgungen wuchsen die Organisationen der „Jungen Garde“ und erweiterten ihre Tätigkeit. Siehe auch W. I. Lenin, „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“; Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 20/21. 436
- ⁴¹ *Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses* – Juni 1908, lehnte die Bildung besonderer Jugendorganisationen ab. Die Einführung der jugendlichen Arbeiter in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit sollte örtlichen Kommissionen überlassen werden, die – unter Hinzuziehung von Jugendlichen – von Partei und Gewerkschaft gebildet werden sollten. Der Vorschlag des Parteivorstandes hatte sinngemäß den gleichen Inhalt. 439

⁴² Der Nürnberger Parteitag bestätigte ausdrücklich die Pflicht, in den Parlamenten gegen das Staatsbudget zu stimmen. 1910 stimmten die badischen sozialdemokratischen Abgeordneten wieder für das Budget. Die Frage dieses Disziplinbruches stand im Mittelpunkt des Magdeburger Parteitages 1910. Vor allem traten August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen die badischen Abgeordneten und insbesondere gegen ihren Führer, Dr. Frank, auf. Lenin schrieb in seinem unmittelbar nach dem Magdeburger Parteitag veröffentlichten Artikel „Zwei Welten“:

„Die äußerliche Seite des Kampfes zwischen den Revisionisten und den Orthodoxen, die dramatischen Episoden auf dem Parteitag haben die Aufmerksamkeit der Leser dermaßen stark in Anspruch genommen, daß die Klärung der prinzipiellen Bedeutung dieses Kampfes, der ideologischen und politischen Wurzeln der Differenzen darunter litt. Dabei haben die Magdeburger Debatten, vor allem die Zustimmung der Badener zum Budget, höchst interessantes Material geliefert, das für die zwei Ideenwelten und die zwei Klassentendenzen *innerhalb* der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands charakteristisch ist. Die Zustimmung zum Budget ist lediglich eine der Erscheinungsformen dieser Scheidung der zwei Welten, die so tiefgehend ist, daß sie künftig zweifellos aus viel ernsteren, weit tieferen und wichtigeren Anlässen zum Ausdruck kommen wird. Und gegenwärtig, da über Deutschland, unverkennbar für alle, ein gewaltiger revolutionärer Sturm *heraufzieht*, muß man die Magdeburger Debatten als eine kleine Truppschar eines kleinen Teils der Armee (denn die Frage der Budgetabstimmung ist nur ein kleiner Teil der grundsätzlichen Fragen der sozialdemokratischen Taktik) vor Beginn des Feldzugs betrachten.“ (W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 16, S. 278, russ.) 452

⁴³ *Großblock* – Im badischen Landtag ergab sich nach den Landtagswahlen von 1905 ein solches Verhältnis, daß weder das Zentrum noch die Liberalen ohne die Stimmen der 12 sozialdemokratischen Abgeordneten die Mehrheit im Parlament erhalten konnten. Darauf bildeten die Sozialdemokraten mit den Liberalen aller Schattierungen einen Block. Diese Koalition, später Großblock genannt, wurde von den Linken schärfstens bekämpft. 475

⁴⁴ *Arbeiterversänger* – In dem Artikel Lenins „Die Entwicklung der Arbeiterchöre in Deutschland“ aus dem Jahre 1913 heißt es: „Doch keine Polizeischikanen können verhindern, daß in allen großen Städten der Welt, in allen Arbeitersiedlungen und immer häufiger auch in den Katen der Landarbeiter einhellig das proletarische Lied von der nahen Befreiung der Menschheit aus der Lohnsklaverei erklingt.“ („Einheit“, 1954, Heft 6, S. 551.) 502

⁴⁵ *Schwarzblauer Block* – Block des Zentrums und der Konservativen, der bei den Reichstagswahlen 1909 zustande kam. 506

- ⁴⁶ *Ihring-Mahlow* – Paul Singer entlarvte 1886 im Reichstag einen Lockspitzel, den Schutzmann Ihring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein eingeschlichen hatte, um durch grobe Majestätsbeleidigungen, den Vertrieb anarchistischer Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten provozierend zu wirken. Alle Ausreden, womit der preußische Innenminister Puttkamer sich um die früheren Lockspitzeleien herumgeredet hatte, fielen diesmal fort: Ihring-Mahlow war ein etatmäßig angestellter Beamter, der in Übertretung des Verbotes für Staatsangestellte, politischen Organisationen beizutreten (Vereinsgesetz), im Auftrage seiner Vorgesetzten in einem vom Sozialistengesetz geduldeten Arbeitervereine spionierte hatte. Puttkamer verfügte nach dieser Entlarvung durch Singer dessen Ausweisung aus Berlin. Siehe Franz Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, Vierter Bd., Stuttgart 1909, S. 278/279. 510
- ⁴⁷ *Hungertarif 1902* – Festsetzung eines neuen Zolltarifs auf Lebensmittel. Der Vertragszoll für einen Doppelzentner Butter wurde zum Beispiel von 16 auf 40 Mark, für einen Doppelzentner Fleisch von 15 bis 17 auf 40 bis 50 Mark, für einen Doppelzentner Roggen und Weizen von 3,50 bis 7 auf 5 bis 7,50 Mark festgesetzt. Die Durchschnittsmehrbelastung einer Arbeiterfamilie allein durch den Getreidezoll betrug 45,41 bis 68,11 Mark im Jahre. 515
- ⁴⁸ *Burenkrieg* – (1899–1902), Krieg Englands gegen die Buren zur Eroberung südafrikanischen Kolonialbesitzes. Endete mit der Niederlage der Buren. 524
- ⁴⁹ *Hunnenfeldzug* – 1900 unterdrückten die imperialistischen Mächte in grausamer Weise den gegen die Versklavung Chinas gerichteten Boxeraufstand. Sie wurden dabei von der Mandshu-Dynastie unterstützt. Im Juli 1900 gab Wilhelm II. in Wilhelmshaven und Bremerhaven den deutschen Truppen die berüchtigte Anweisung: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht . . . so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen nur scheinbar anzusehen.“ 524
- ⁵⁰ *Pfarrer Naumann* – Friedrich Naumann (1860–1919), evangelischer Theologe, Gründer des Nationalsozialen Vereins, gehörte der Freisinnigen Vereinigung an und war 1918 Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei. Seit 1907 war er mit kurzer Unterbrechung Reichstagsabgeordneter. Propagierete einen christlichen und nationalen „Sozialismus“. Befürwortete den Abschluß von Wahlbündnissen mit der Sozialdemokratie und prägte 1903 das Schlagwort eines liberalen Großblocks „von Bassermann bis Bebel“. Während des ersten Weltkrieges trat er als besonders eifriger Ideologe der deutschen imperialistischen Expansionspolitik auf. 524

- ⁵¹ Es handelt sich um den Feldzug deutscher Kolonialtruppen gegen die Hereros im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika (1904–1906). Die Hereros hatten sich gegen die deutsche Kolonialherrschaft erhoben und wurden blutig niedergeworfen. Die deutschen Kolonialtruppen unter Trotha und Deimling trieben die Hereros mit Frauen und Kindern in die Kalahari-Wüste, wo fast alle umkamen. 524
- ⁵² *Zusätze zur Resolution in der Marokkosache* – von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin eingebrachter Zusatzantrag zur Resolution des Parteivorstandes zur Marokkofrage, der sich grundsätzlich gegen die kapitalistische Kriegs- und Kolonialpolitik wandte. 532
- ⁵³ *Antrag Hildenbrand-Maurenbrecher* – beinhaltete die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik. Hildenbrand und Maurenbrecher machten sich zu Fürsprechern des deutschen Imperialismus und zu Verteidigern seiner „berechtigten“ Ansprüche als Kolonialmacht gegenüber England und Frankreich. 533
- ⁵⁴ „*Fall Luxemburg*“ – Rosa Luxemburg wurde auf dem Parteitag vom Parteivorstand wegen ihres Artikels „Um Marokko“ (Siehe Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, II. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 377 bis 384.) angegriffen, da sie in ihm die zögernde Haltung des Parteivorstandes zur Marokkokrise kritisiert hatte. In Verbindung mit der Marokkoaffäre war von den französischen Sozialisten dem Internationalen Sozialistischen Büro der Vorschlag unterbreitet worden, eine internationale Protestkundgebung durchzuführen. Molkenbuhr als deutsches Mitglied des Internationalen Büros hatte sich – mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen – dagegen ausgesprochen, und die geplante internationale Kundgebung war unterblieben. 535
- ⁵⁵ *Aufstand der Taiping* – Bauernkrieg (1851–1864) gegen die Feudalordnung in China, der auch den Grundstein für den Massenkampf gegen die ausländischen Unterdrücker legte. Einer der Führer des Aufstandes, Hung Ssju-tjüan, rief sich 1853 in Nanking zum Kaiser des „Himmelreichs des großen Friedens“ (Taiping tiānguo) aus. Die Aufständischen proklamierten radikale Reformen, konnten sich jedoch nicht endgültig befreien, da das Proletariat als Führer fehlte. Die Revolution wurde von englisch-französisch-amerikanischen Interventions-truppen im Bündnis mit Truppen der Mandshu-Dynastie niedergeschlagen. 538
- ⁵⁶ *Frieden von Schimonoseki* – beendete den Japanisch-Chinesischen Krieg (1894 bis 1895). China mußte hohe Kriegsentschädigungen zahlen, unter anderem Taiwan und die Pescadores an Japan abtreten und auf die Oberherrschaft über Korea verzichten. Damit wurde der Anstoß zur Aufteilung Chinas in Einflußsphären gegeben. 539
- ⁵⁷ *Boxeraufstand* (1899–1901), antiimperialistischer Aufstand in China, organisiert von der Geheimgesellschaft I-ho-tjüan („Faust im Namen der Gerech-

tigkeit“). Der Aufstand richtete sich gegen die Mandshu-Dynastie und gegen die englischen, französischen, amerikanischen und deutschen Imperialisten. Er wurde vom internationalen „Expeditionskorps“ brutal niedergeschlagen. Siehe auch Anmerkung 49. 539

- ⁵⁸ *Mansfelder Streikrevier* – Es handelt sich um den im Oktober 1909 ausgebrochenen Streik im Mansfelder Bergrevier, der gegen das Verbot für die Arbeiter, das Koalitionsrecht auszuüben, und gegen die Maßregelung von 70 Arbeitern, die sich dem Bergarbeiterverband angeschlossen hatten, geführt wurde. Der Kriegsminister General von Heeringen zog Truppen ins Streikgebiet und ließ Maschinengewehre auffahren. 555
- ⁵⁹ *Interparlamentarische Konferenz zu Bern* – auf Einladung von Mitgliedern der Schweizer Nationalversammlung einberufene Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier am 11. und 12. Mai 1913. Der weitaus größte Teil der deutschen Konferenzteilnehmer gehörte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an. Auch August Bebel und Karl Liebknecht nahmen an der Konferenz teil. Sie fand statt, wie der „Vorwärts“ vom 11. Mai 1913 schrieb, um „den Kriegstreibern und der unerträglichen Steigerung der Rüstungslasten in Deutschland und Frankreich entgegenzuarbeiten“. 572 623
- ⁶⁰ *„Heiliger Monat“ der Chartisten* – Gemeint sind die Streiks englischer Arbeiter im August 1842. Siehe Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 283–286. 580
- ⁶¹ *„Block von Bebel bis Bassermann“* – Clara Zetkin bezieht sich auf die Versuche der rechten Parteiführer, auf Kosten der Grundsätze und des Programms der Sozialdemokratie durch Zugeständnisse einen Block von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis zur Nationalliberalen Partei zu bilden. (Ernst Bassermann – Vorsitzender der Nationalliberalen Partei.) Siehe auch Anmerkung 50. 589
- ⁶² *Erfurter Schreckensurteil* – Urteil des Kriegsgerichts in Erfurt 1913 gegen 8 Landwehrleute, die in angetrunkenem Zustand in einem Gasthaus Differenzen mit anderen Gästen hatten und sich den Anweisungen der herbeigerufenen Gendarmen widersetzten. Den Angeklagten wurden diese geringfügigen Taten als militärischer Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgelegt. Sie wurden zu Strafen von 7 Monaten Gefängnis bis zu 5 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus, zu insgesamt 15 Jahren, 11 Monaten Zuchthaus und 12 Jahren, 4 Monaten Gefängnis verurteilt. 590
- ⁶³ *Leutnant Forstner* – Provokatorische Ausfälle preußischer Offiziere gegen die Bewohner der kleinen elsässischen Stadt Zabern führten im November 1913 zur Empörung der dortigen Bevölkerung und zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über die Stadt. Der Leutnant Freiherr von Forstner

hatte vor Rekruten die elsässische Bevölkerung mit Schimpfworten belegt und demjenigen eine Belohnung von 10 Mark versprochen, der im Streit einen Elsässer niedersteche.

Lenin charakterisierte die Zabernaffäre mit den Worten: „Nicht die ‚Anarchie‘ ist in Zabern ‚ausgebrochen‘, sondern die *wahre* Ordnung in Deutschland, die Säbelherrschaft des halbfeudalen preußischen Grundherren hat sich verschärft und ist ans Licht getreten.“ (W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 17, S. 118, russ.) 607

⁶⁴ Gemeint ist die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit der deutschen Militärkamarilla in zahlreichen Artikeln und Versammlungen in der ersten Hälfte des Jahres 1914. 625

⁶⁵ *Heleen Ankersmit* – (1872–1944), Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, später der Kommunistischen Partei Hollands, Organisatorin und Führerin der holländischen proletarischen Frauenbewegung, Kampfgefährtin und Freundin Clara Zetkins. 639

⁶⁶ *Unabhängige Arbeiterpartei* – (Independent Labour Party), wurde im Jahre 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen J. Keir Hardie, R. Macdonald und andere. Während sie auf die politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien Anspruch erhob, war sie in Wirklichkeit eine „vom Sozialismus unabhängige, aber vom Liberalismus abhängige Partei“ (Lenin). Über die Stellung der Unabhängigen Arbeiterpartei zum imperialistischen Krieg sagte Lenin im November 1914 auf Grund ihres am 13. August 1914 herausgegebenen Manifestes gegen den Krieg: „Widerstand gegen den Chauvinismus leisten Macdonald und Keir Hardie von der opportunistischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Das ist wirklich eine Ausnahme von der Regel.“ (W. I. Lenin, „Lage und Aufgaben der sozialistischen Internationale“; Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 26.)

Später, vom Februar 1915 an, stellten sich die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei auf sozialchauvinistischen Boden. 658 682

⁶⁷ *Kielland* – Alexander Lange Kielland (1849–1906), norwegischer naturalistischer Schriftsteller. 710

⁶⁸ *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft* – Am 24. März 1916 lehnten 18 Abgeordnete mit Ledebour an der Spitze den Kriegsetat ab, worauf sie aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen wurden. Die Ausgeschlossenen gründeten eine eigene Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. 718

Inhalt

<i>Wilhelm Pieck</i> , Vorwort	V
Vorbemerkung	XIII

Clara Zetkin

AUSGEWÄHLTE REDEN UND SCHRIFTEN

Für die Befreiung der Frau! (Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, 19. Juli 1889)	3
Zeichen der Morgendämmerung (Januar 1893)	12
Die deutschen Genossinnen im Wahlkampf (Juli 1893)	22
Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation (November 1893)	31
Der deutsch-russische Handelsvertrag (April 1894)	43
Die frauenrechtlerische Petition, das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts betreffend (Januar 1895)	53—68
I	53
II (Zur Erwiderung)	63
König Stumm (Januar 1895)	69
Des Umsturzzummels Glück und Ende (Mai 1895)	74
Friedrich Engels (Nachruf zu seinem Tode, August 1895)	80
Zur Agrarfrage (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau, 10. Oktober 1895)	84

Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen! (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Gotha, 16. Oktober 1896)	95
Keinen Kahn und keinen Groschen (März 1897)	112
Dem Proletariat die beste sozialistische Literatur! (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hamburg, 5. Oktober 1897)	118
Wahlbeteiligung zur Revolutionierung der Massen (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hamburg, 8. Oktober 1897)	121
Wider den Brotwucher! (Juni 1898)	126
Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie zu Stuttgart (September 1898)	134
Wider die Kompensationspolitik (Reden auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Stuttgart)	142—148
I (3. Oktober 1898)	142
II (4. Oktober 1898)	145
Wider die sozialdemokratische Theorie und Taktik (April 1899)	149
Die Zuchthausvorlage (Juni 1899)	157
Zur Dienstbotenbewegung (Aus einem Artikel, August 1899)	168
Zum Parteitag in Hannover (September 1899)	176
Für eine revolutionäre Klassenpartei (Aus der Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hannover, 12. Oktober 1899)	185
Gegen das Elend in der Konfektionsindustrie (Oktober 1901)	191
Schutz unseren Kindern! (Aus einem Artikel, Mai 1902)	202
Für außerparlamentarische Aktionen des Proletariats (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu München, 18. September 1902)	214
Was die Frauen Karl Marx verdanken (März 1903)	218
Die Aufgaben des Parteitags zu Dresden (September 1903)	226

Gegen die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der „Zukunft“ (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Dresden, 14. September 1903)	231
Um den Zehnstudentag (November 1903)	238
Der Internationale Kongreß zu Amsterdam (September 1904)	246
Die Schulfrage (Rede auf der 3. Frauenkonferenz in Bremen, 18. September 1904)	251
Dringende Aufgaben (Oktober 1904)	272
Im Zeichen des Klassenkampfes (November 1904)	280
Der Kampf im Ruhrgebiet (Januar 1905)	286
Maria Lwowna Berditschewskaja (März 1905)	294
Für die Preisfechter des revolutionären Proletariats (Juli 1905)	297
Jena (Oktober 1905)	302
Das Herrsein im Hause (Oktober 1905)	309
Euer Sieg ist unser Sieg! (Aus der Eröffnungsrede auf der 4. Frauenkonferenz in Mannheim, 22. September 1906)	315
Unser Patriotismus (Mai/Juni 1907)	316
Es lebe die russische Revolution! (Aus der Rede auf dem öffentlichen Meeting zur Eröffnung des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart, 18. August 1907)	339
Die internationalen Tagungen in Stuttgart (Aus einem Artikel, August 1907)	340
Der Kampf um das Frauenwahlrecht soll die Proletarierin zum klassenbewußten politischen Leben erwecken (22. August 1907)	344—358
I (Resolution, eingebracht auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart)	344
II (Aus der Rede zur Begründung der Resolution auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart)	345
Der Internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart (September 1907)	359

Bürgerlicher und proletarischer Patriotismus (Aus der Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Essen, 17. September 1907)	367
Der Parteitag zu Essen (Aus einem Artikel, September 1907) . . .	371
Ein Flammenzeichen (Oktober 1907)	376
Vorwärts! (Januar 1908)	382
Karl Marx (März 1908)	387
Die Jugendorganisation (Leitsätze, Resolution und Rede auf der 5. Frauenkonferenz in Nürnberg, 12. September 1908)	396—441
I (Leitsätze)	396
II (Resolution)	401
III (Aus der Rede zur Begründung der Resolution)	403
Den wissenschaftlichen Sozialismus den Massen (Aus der Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Nürnberg, 14. September 1908)	442
Gegen die Kriegshetzer (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Nürnberg, 19. September 1908) . .	445
Der Parteitag in Nürnberg (September 1908)	448
Der Vorkämpfer unserer Frauenbewegung (Februar 1910)	458
Eine Pflicht internationaler Solidarität (Juli 1910)	466
Eine Schilderhebung (August 1910)	473
Internationaler Frauentag (Aus einem Antrag an die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen, 27. August 1910) . .	480
Für den Kampf um den Frieden (Resolution der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen, 27. August 1910) .	481
Budgetfrage — keine akademische Doktorfrage! (Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Magdeburg, 21. September 1910)	482
Kunst und Proletariat (Januar 1911)	490
Paul Singer (Februar 1911)	506

Rüsten wir! (April 1911)	521
Das Ergebnis des Jenaeer Parteitags (September 1911)	529
Revolution in China (November 1911)	537
Gegen den Feind (Dezember 1911)	547
Menetekel (August 1912)	556
Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel (November 1912)	561
Wir erheben uns gegen den imperialistischen Krieg! (Rede auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel, 25. November 1912)	564
Wir sind die Kraft (April 1913)	570
Um die sozialdemokratische Taktik (Juli 1913)	576
Zur Haltung der Reichstagsfraktion (August 1913)	586
Schlußrechnung (Oktober 1913)	599
Genossin Luxemburg verurteilt (März 1914)	607
Demonstration gegen den Krieg (Resolution der Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs, 25. Juli 1914)	619
Proletarische Frauen, seid bereit! (August 1914)	621
Höchstpreise (November 1914)	626
An die sozialistischen Frauen aller Länder! (Aus einem Aufruf, November 1914)	635
Brief an Heleen Ankersmit	639
Keine Illusion (Januar 1915)	657
Der internationale sozialistische Frauentag (Aus einem Artikel, März 1915)	665
Frauen des arbeitenden Volkes! (März 1915)	668
Für den Frieden (April 1915)	672
Mai (April 1915)	695
Eine vorübergehende Erscheinung? (Oktober 1915)	700

Franz Mehring zum 70. Geburtstag (Februar 1916)	706
Genosse Liebknecht vom Reichstag preisgegeben (Mai 1916) . . .	718
Petersburger Arbeiter demonstrieren für den Frieden (Juni 1916) . .	724
Rüsten und Abrüsten (Aus einem Artikel, Juni 1916)	726
Die Kriegszielerörterungen (September 1916)	731
Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie (Oktober 1916)	735
Die Konferenz der Parteiopposition (Februar 1917)	742
Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie (Aus einem Artikel, April 1917)	749
An die Konferenz der sozialdemokratischen Opposition zu Gotha (April 1917)	754
An die sozialistischen Frauen aller Länder! (Juni 1917)	756
Abschied von der „Gleichheit“ (Juni 1917)	760
Das Friedenswerk der russischen Revolution (November 1917) . .	766
Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland (Aus einem Artikel, November 1917)	770
Anmerkungen	779

Bildbeilagen

Clara Zetkin	nach	2
Clara Zetkin in den achtziger Jahren in Paris	nach	48
Clara Zetkin mit ihren beiden Söhnen Maxim und Kostja	nach	64
Während des Züricher Kongresses der II. Internationale 1893	nach	112
Während des Internationalen Arbeitsschutzkongresses in Zürich 1897	nach	128
Clara Zetkin und Rosa Luxemburg während einer Kundgebung 1907	nach	400
Brief aus dem Jahre 1909	nach	416
Clara Zetkin und Rosa Luxemburg	nach	640
Erklärung Karl Liebknechts, Franz Mehrings, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins gegen den Krieg, die Mitte September 1914 in der schweizerischen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht wurde	nach	656

Berichtigung

In der Fußnote auf S. 337 muß es statt S. 393/394 richtig heißen: S. 363/364.

CLARA ZETKIN
ERINNERUNGEN AN LENIN

Mit einem Anhang:

*Aus dem Briefwechsel Clara Zetkins
mit W. I. Lenin und N. K. Krupskaja*

*115 Seiten · Mit 3 Bildern und 4 Faksimiles
Ganzleinen 3,- DM*

Dieses Memoirenbuch enthält die Niederschriften der überaus interessanten Gespräche, die Clara Zetkin während ihrer Aufenthalte in Moskau in den Jahren 1920, 1921 und 1922 mit Lenin geführt hat, mit dem sie eine herzliche Freundschaft verband. Ihre „Erinnerungen“ zeichnen sich dadurch aus, daß sie die ganze Persönlichkeit Lenins erfassen, den überlegenen Kämpfer und den kühnen Denker wie den warmherzigen, bescheidenen Menschen zeigen.

Für den deutschen Leser von besonderem Interesse dürften die Partien des Buches sein, in denen die Autorin Lenins Äußerungen zu Fragen der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere zu den Märzkämpfen 1921, aufgezeichnet hat.



DIETZ VERLAG BERLIN

